

## EINWOHNERRAT

Gemeindehausplatz 1  
Postfach  
6048 Horw  
info@horw.ch

Thema **Einwohnerratsitzung**  
Sitzungsdatum **27. Mai 2021, 16.00 – 19.30 Uhr**  
Sitzungsort **Horwerhalle**  
Vorsitz **Ivan Studer**

Kontakt **Claudia Stadelmann**  
Telefon **041 349 12 24**  
E-Mail **claudia.stadelmann@horw.ch**

## PROTOKOLL NR. 401

Anwesend **30** Einwohnerratsmitglieder      Entschuldigt -  
              **5** Gemeinderatsmitglieder  
              **1** Gemeindeschreiberin

### Traktandenliste

1. Eröffnung durch Ratspräsidenten, Bereinigung Traktandenliste Seite 2
2. B+A Nr. 1675 Jahresbericht 2020 Seite 3
3. Dringliches Postulat Nr. 2021-730 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Erweiterung Badeplatz EAWAG Seite 16
4. Motion Nr. 2020-309 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Planungsbericht zu einem klimafreundlichen Gebäudepark der Gemeinde Horw ("Öl- und Gasheizungen sollen verschwinden!?" ) Seite 16
5. Postulat Nr. 2021-724 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Massnahmen zur Beruhigung und zur Steigerung der Verkehrssicherheit im Begegnungsraum Kantonsstrasse Seite 17
8. Fragestunde Seite 24
6. Postulat Nr. 2021-725 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Erreichbarkeit Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Luzern für die Horwer Bevölkerung Seite 26
7. Postulat Nr. 2021-726 von Noel Schemm, L20, und Mitunterzeichnenden: Lärm im Grämliswald Seite 28
9. Interpellation Nr. 2021-722 von Toni Portmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Schulergänzende Betreuung: Mittagstisch Seite 28
10. Interpellation Nr. 2021-723 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Status «zusätzliches Schulhaus Allmend» - CH-Holzmodulbau? Seite 30
11. Interpellation Nr. 2021-724 von Yvonne Lindegger, FDP, und Mitunterzeichnenden: Schnupperlehren in Zeiten von Corona Seite 31
12. Interpellation Nr. 2021-725 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Neue Velounterführung Ringstrasse (Abschnitt Kreisel Bahnhof bis Kreisel Steinibach) Seite 32
13. Interpellation Nr. 2021-726 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Umbau Bushaltestellen nach Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG) Seite 33

## 1. Eröffnung durch Ratspräsidenten, Bereinigung Traktandenliste

### Begrüssung

Ich begrüsse euch recht herzlich zur 4. Sitzung in diesem Jahr. Ich begrüsse den Gemeinderat und die Gemeindeschreiberin Irene Arnold. Ebenso möchte ich Frau Claudia Stadelmann begrüssen, welche wiederum fürs Protokoll zuständig ist. Frau Kansiga Selvarajah und Frau Susanne Hollbach helfen bei den Hygienemassnahmen und beim Nachtessen. Recht herzlich begrüssen möchte ich auch Herrn Roman Hodel von der Luzerner Zeitung sowie das anwesende Publikum.

Ivan Studer (CVP)

Bevor wir anfangen noch einen speziellen Hinweis auf das Corona- Schutzkonzept: Ich bitte das Publikum jederzeit Masken zu tragen. Ebenso gilt die Maskenpflicht auch für die Einwohnerräte. Einzige Ausnahme ist beim Vortragen der Voten.

Das Nachtessen kommt vom Restaurant Eule. Es gibt Pasta mit Gemüse an leichter Curry-Sauce. Wie üblich wird das Essen serviert. Ich bitte alle, den Platz während der Pause nicht zu verlassen.

### Hinweise

Der Einwohnerrat feiert dieses Jahr das 50jährige Jubiläum. Am 7. September 2021 findet ab 18.00 Uhr eine kleine Feier für aktive und ehemalige Ratsmitglieder statt. Die Gemeindeverwaltung wird ca. Mitte Juni eine provisorische Einladung verschicken. Der diesjährige Einwohnerratsausflug findet am Samstag, 11. September 2021 statt. Einladungen werde ich euch zu gegebener Zeit zuschicken.

### Hinweise zur Geschäftsordnung

Ich möchte alle Sprecherinnen und Sprecher der Kommissionen an den Artikel 47 Geheimhaltungspflicht der Geschäftsordnung erinnern: Abstimmungsverhalten unterliegen dem Amtsgeheimnis. Ich bitte euch dies zu berücksichtigen und auf Kommentare oder Andeutungen beim Eintreten zu verzichten.

Klärung zum Umgang bei Bemerkungen (Artikel 70): Bisher haben wir meistens bei einem Antrag auf Bemerkung abgestimmt. Eine Abstimmung erfolgt aber gemäss Artikel 70 nur, wenn dies durch die Sprecherin oder den Sprecher verlangt wird. Ich werde dies ab sofort explizit nachfragen.

### Entschuldigungen

Keine

### Feststellung

Die Einladungen wurden rechtzeitig versandt und die Akten termingerecht zugestellt. Die Mehrheit der Ratsmitglieder ist anwesend. Wir sind verhandlungs- und beschlussfähig.

### Protokoll

Gegen das Protokoll Nr. 400 der Einwohnerratssitzung vom 29. April 2021 sind keine schriftlichen Einsprachen eingegangen. Das Protokoll ist somit genehmigt. Ich danke Frau Stadelmann für die Verfassung des Protokolls.

### Neueingänge seit der letzten Sitzung

30.04.2021: Motion Nr. 2021-316 von Larissa Lehner, L20 und Mitunterzeichnenden:  
Buvette

- 30.04.2021: Motion Nr. 2021-317 von Charlotte Schwegler, L20 und Mitunterzeichnenden: Tempo 30 auf der Technikumstrasse
- 03.05.2021: Postulat Nr. 2021-728 von Toni Portmann, CVP und Mitunterzeichnenden: Sanierungsbeitrag Grisenstrasse
- 14.05.2021: Postulat Nr. 2021-729 von Philipp Peter, L20 und Mitunterzeichnenden: Cargovelo
- 21.05.2021: Dringliches Postulat Nr. 2021-730 von Urs Steiger, L20 und Mitunterzeichnenden: Erweiterung Badeplatz EAWAG

### **Bereinigung der Traktandenliste**

#### **Begründung Dringlichkeit**

#### **Dringliches Postulat Nr. 2021-730 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnende: Erweiterung Badeplatz EAWAG**

Aktuell plant die EAWAG einen Ausbau des Standorts Kastanienbaum und hat dazu der Gemeinde ein Baugesuch zur Abklärung eingereicht. Für die Gemeinde eröffnet sich damit jetzt die Chance, das Ziel «Seeuferzugang und -nutzung sind erweitert» anzugehen. Darum wurde das Postulat als dringlich eingegeben.

Urs Steiger (L20)

Der Gemeinderat opponiert der Dringlichkeit nicht.

Astrid David Müller (SVP)

Die Dringlichkeit ist somit nicht bestritten. Das Postulat Nr. 2021-730 von Urs Steiger wird demzufolge neu als Traktandum 3 behandelt.

Ivan Studer (CVP)

## **2. B+A Nr. 1675 Jahresbericht 2020**

#### **Eintreten GPK**

Der finanzielle Jahresbericht der Gemeinde Horw lautet für das Jahr 2020: «Die Erfolgsrechnung 2020 der Gemeinde Horw weist einen Ertragsüberschuss von 22.89 Mio. Franken aus. Das sind 15 Mio. Franken mehr als budgetiert. Grund sind wie in den vergangenen Jahren ausserordentliche Steuererträge. Doch eine Trendwende zeichnet sich ab.» Ähnliche Aussagen sind uns bereits aus den Vorjahren bekannt, was aber kein schlechtes Zeichen sein muss.

Lukas Bucher (L20)

Die Geschäftsprüfungskommission hat den Jahresbericht 2020, der nicht nur von finanziellem Inhalt ist, an zwei Sitzungen besprochen. Anwesend waren die Kontrollstelle, Gemeinderäte, Gemeinderätinnen und weitere zuständige Personen. Es war effizient, dass wir Rückfragen direkt stellen konnten und diese beantwortet wurden.

Die GPK ist mit dem Jahresbericht 2020 einverstanden. Dieser legt nachvollziehbar dar, wie das finanzielle Jahresergebnis entstanden ist. Das Ergebnis zeigt sich auf der Ertragsseite und Aufwandseite besser als budgetiert. Insbesondere die Einhaltung des Budgets bei den Sach- und Betriebsaufwänden loben wir. Durch den um 15 Millionen Franken höheren Überschuss 2020 entwickelt sich die Nettoverschuldung pro Kopf weniger bald zu einer kritischen Grösse als erwartet. Per 31.12.2020 beträgt das Nettovermögen pro Einwohner 1'561 Franken. Im AFP 2021 wurde per 31.12.2020 von einer Nettoschuld pro Einwohner von 645 Franken ausgegangen. Freudensprünge deshalb sind aber nicht angebracht; damit die Gemeinde weiterhin zu Gunsten der gesamten Bevölkerung investieren kann, wird es Schulden brauchen. Trotzdem liegt aufgrund der

Rechnung 2020 die Nettoverschuldung der Gemeinde im gesamten Planungshorizont deutlich unter den Erwartungen des AFP 2021. Damit wird auch die Verschuldung pro Einwohner bis zum Jahr 2026 kaum über Fr. 1'400.00 ansteigen. Die Resultate der Messgrößen bieten einen informativen Mehrwert und die GPK konnte daraus gute Diskussionen beginnen. Weitere Informationen über den Jahresbericht entnehmen Sie dem B+A. Dieser gab in der GPK nicht weiteren Diskussionsbedarf, den ich hier darlegen könnte.

Die GPK ist einstimmig für Eintreten und Annahme des Jahresberichts 2020 der Gemeinde Horw.

### **Eintreten BVK**

Auch im 2020 schliesst die Gemeinde Horw die Erfolgsrechnung deutlich besser ab als budgetiert. Der Ertragsüberschuss beträgt sogar nochmals 2.44 Mio. mehr als im Vorjahr und liegt damit rund 15 Mio. Franken höher als budgetiert.

Ich hätte für dieses Eintreten im Namen der BVK eigentlich auch einfach die Jahreszahlen des letztjährigen Eintretens aktualisieren können. Bei den Jahresberichten 2019 und 2018 sind wir den Aussagen des Finanzvorstehers Hans-Ruedi Jung gefolgt und haben auf die trüben Perspektiven ab 2020 hingewiesen. Diese Jahreszahlen könnte man jetzt einfach alle um mindestens 1, vermutlich aber eher um 2 erhöhen, denn auch das 2021 dürfte am Schluss gar nicht so schlecht herauskommen, wie mal befürchtet.

Das ist natürlich sehr erfreulich und der Dank gebührt allen Angestellten der Verwaltung sowie den Gemeinderätinnen und Gemeinderäten. Sie haben sich an die Finanzstrategie und das Budget gehalten und damit dort, wo es möglich gewesen ist, Einfluss auf das Resultat der Jahresrechnung genommen.

Die Entwicklung der Steuererträge, die wesentlich von der Versteuerung von überdurchschnittlichen Dividendenausschüttungen beeinflusst wird, ist jedoch nur sehr beschränkt beeinflussbar und darum muss auch dieses Jahr wieder auf die Möglichkeit von deutlich trüben Jahren in der Zukunft hingewiesen werden. Das nicht zuletzt, weil jetzt der höhere Finanzausgleich tatsächlich fällig wird.

Die BVK hat bei der Beratung des Jahresberichts 2020 festgestellt, dass im Kanton Luzern noch einige andere Gemeinden bessere Jahresrechnungen ausweisen, als sie budgetiert hatten. Darum hat sich die Frage gestellt, ob das dann bei uns in Horw nicht zu einer Abfederung von der Erhöhung vom Finanzausgleich führt.

Gemäss Gemeinderat Hans-Ruedi Jung ist das leider nicht der Fall, was anhand von nachgelieferten Finanzausgleichsübersichten ersichtlich worden ist.

Aufgrund einer Frage in der Detailberatung, wo dass wir die angestrebte Einsparung von real 1% vom Personal- und Sachaufwand verifizieren können, hat uns der Gemeinderat im Nachgang zur BVK-Sitzung eine Übersicht zugestellt. Sie zeigt, dass diese Einsparung durch Aufgabenänderungen – also zusätzliche Aufgaben – mehr als verschlungen worden ist.

Die BVK hat sich auch für das verwaltungsweite Risk-Management, das NRP-Vorprojekt (Neuer Regionalpolitik) mit dem Label «vom Pilatus», für die Machbarkeitsstudie für die Personenunterführung bei der Ringstrasse und für das Werterhaltungskonzept für die Ufermauern interessiert. Betreffend dem Wunsch nach mehr Flachufer entlang von der Seestrasse um die Horwer Halbinsel hat die BVK erfahren, dass das nicht so einfach zu realisieren ist, weil aufgrund des steil abfallenden Seegrunds aufwändige Aufschüttungen in den See hinaus erforderlich würden, was aus ökologischen und Naturschutzgründen ein No-Go ist.

Im Bereich Schulraumplanung haben wir festgestellt, dass zwar vor wenigen Jahren aufgrund von einem Vorstoss der Eindruck erweckt wurde, dass man aufgrund von detaillierten Auswertungen und Analysen der Siedlungsentwicklung die Planung und damit

Jürg Biese (FDP)

den Bedarf von Schulanlagen im Griff hat. Heute zeigt sich, dass die Schulraumplanung wieder aktualisiert werden muss und dass man sie eben doch nur bedingt vorhersehen kann. Der BVK ist es ein Anliegen, eine verlässlichere Schulraumplanung zu erhalten, die auch aufzeigt, was mit der alten, teilweise sogar provisorischen Infrastruktur für die Schulen passieren soll.

Aktuell sind diesbezüglich im AFP 2021 250'000.- Franken für einen Planungskredit für den Ergänzungsbau zum Schulhaus Allmend eingestellt. Der Bau soll gemäss Gemeinderat funktionaler und finanzierbarer sein als das neue Schulhaus Zentrum. Nichtsdestotrotz oder umso mehr ist es der BVK ein Anliegen, dass die Bedürfnisse der späteren Nutzungsgruppen respektiert und bestmöglich umgesetzt werden.

Betreffend den Umbau von herkömmlichen Strassenkandelabern zu LED-Kandelabern ist die BVK darüber informiert worden, dass aktuell nicht weniger Kandelaber erstellt, sondern an den bestehenden Orten Umrüstungen auf die LED-Technologie realisiert werden.

Im Bereich Liegenschaften Finanzvermögen sind der BVK die 313'198.- Franken aufgefallen, welche im Zusammenhang mit der Sanierung von Altlasten auf dem Grundstück 1650 Stirnrüti in der Jahresrechnung zu Buche geschlagen haben.

Altlasten sind ein leidiges Thema: es gibt sie an verschiedenen Orten, und sie sind teilweise sogar unser Erbe von früheren Generationen. Darum muss man sich diese über die Konsultation des Altlastenkatasters immer wieder mal vor Augen führen.

Im Anhang zum Jahresbericht 2020 ist der BVK der hohe Aufwand von 1.823 Mio. Franken für den Unterhalt von den Hochbauten und Gebäuden aufgefallen. Der Gemeinderat hat uns dazu versprochen abzuklären, ob der Mehraufwand von rund 1 Mio. im Vergleich zum Vorjahr tatsächlich nur aus der Naphthalin-Sanierung im Schulhaus Hofmatt kommt oder ob dies alle Schulhäuser betrifft.

Es sind also summa summarum noch einige Fragen offen, was aber die BVK nicht vor dem Eintreten hindert, und sie wird sich angesichts des positiven Ergebnisses der Jahresrechnung natürlich auch nicht gegen die Genehmigung des Jahresberichts stellen.

### **Eintreten GSK**

An der GSK-Sitzung vom 21. April 2021 haben wir die relevanten Aufgabenbereiche des B+A 1675 beraten.

#### *121 Bildung*

Wir haben erfreut festgestellt, dass die ICT-Kompetenzen der Lehrpersonen individuell erhöht wurden. Auf Grund der Selbsttests konnten sie auf ein umfangreiches Weiterbildungsangebot zurückgreifen. Ferner wurden Tools für den Unterricht aufgezeigt und zur Verfügung gestellt.

Wir haben erfahren, dass die betroffenen Eltern von Kindern im Kindergartenalter bis zur 5. Klasse aktiv auf das Angebot der VBL-Benützung hingewiesen werden.

Im Zusammenhang mit den Messgrössen wurde uns aufgezeigt, dass die Schulkosten nicht extrem höher sind als in anderen Gemeinden. Die höheren Kosten werden mit den teureren Schulhäusern begründet. Das Finanzdepartement arbeitet zudem daran, einen Vergleich der Schulkosten der Städte Luzern und Kriens, sowie der Gemeinden Emmen, Meggen und Horw anzustellen.

Die GSK wird einen Antrag auf Bemerkung zu neuen Messgrössen stellen, welche Fördervereinbarungen auf Grund ihrer Hochbegabung ausweisen soll.

#### *401 Gesundheitswesen*

Wir sahen einen Anstieg der öffentlichen Spitex-Pflegestunden und es wird ein weiterer Anstieg erwartet. Der Grund liegt darin, dass es zu einer Umverteilung in der Pflege

Hans Stampfli (SVP)

gekommen ist: mehr ambulant, weniger stationär. Einbussen durch Corona gab es bei den Pflegebetten, wobei der Aufwand durch Corona-Erkrankte nicht abgenommen hat. In der stationären Pflege war 2020 die Auslastung mit 96% gut. Im Kirchfeld gibt es noch freie Betten wegen der 2-er Belegung, die Nachfrage nach 1-er Zimmern übersteigt allerdings das Angebot. Dem soll mit der Kirchfeld-Strategie 2030 entgegenge wirkt werden. Die Umbauphase soll 2023 beginnen.

#### *402 Familie plus/Jugend/Kinder*

Bei der Familienbetreuung ist es schwierig, neue Tageseltern zu finden, obwohl die Nachfrage das Angebot übersteigt. Dies findet die GSK schade, da eine Tagesfamilie feste Bezugspersonen bietet, welche Kontinuität und Stabilität vermitteln. Zudem gelten die Tagesstrukturen der Gemeinde erst ab Kindergartenalter. Auch hier wird die GSK einen Antrag auf Bemerkung stellen, um durch attraktivere Rahmenbedingungen mehr Tageseltern zu finden.

Zur Messgrösse Familienbetreuung Allgemein haben wir erfahren, dass es dabei um Kinder geht, welche ganz bei einer der aktuell 6 Pflegefamilien leben.

Dass die Anzahl der unterstützten Freiwilligen abgenommen hat ist dadurch begründet, dass viele Pensionäre wegen Corona nicht abrufbar waren.

In Folge des Lockdowns arbeiteten viele Eltern im Homeoffice, dadurch wurde der Hausaufgabentreff weniger und die Nachmittagsbetreuung vermehrt genutzt.

Zur Erfolgsrechnung Personalaufwand ist festzustellen, dass die Abweichung von 10% nicht budgetiert war und durch Corona bedingte Mehraufwände nötig wurden.

#### *403 Sozialhilfe und -beratung*

Die Rückerstattungsquote von 62.27% beim Alimenteninkasso ist sehr erfreulich. Aktuell fehlt in Horw eine entsprechende Fachperson im 30% Pensum. Da es schwierig ist eine solche Stelle zu besetzen, arbeitet Horw aktuell mit der Stadt Kriens zusammen.

Dass die Mietzinsbeihilfen aktuell 158'000 Franken unter Budget liegen, hat uns erstaunt. Das liegt daran, dass EL-Bezüger aus Datenschutzgründen nicht mehr aktiv angeschrieben werden dürfen.

Zu den Mietzinsbeihilfen wird die GSK einen Antrag auf Bemerkung stellen, damit die Mietzinsbeihilfen wieder bekannter gemacht werden können.

Die GSK ist einstimmig für Eintreten und empfiehlt die Genehmigung des B+A 1675.

#### **Eintreten L20**

Am vergangenen Donnerstag hat die L20 den Jahresbericht besprochen. Vielen Dank an alle Beteiligten, die daran mitgewirkt haben. Der Jahresbericht berichtet von einem erfolgreichen Jahr 2020. Der positive Abschluss stellt eine gute Ausgangslage für die bis anhin eher düster gemalte Zukunft dar. Da gab es für uns nicht sehr viel zu diskutieren. Die Frage ist nun, was die Zukunft bringt. Die L20-Fraktion begrüsst den geplanten Abbau der Schulden mit den Mehreinnahmen. Wir möchten aber darauf hinweisen, dass die komfortable Lage, in der wir uns jetzt befinden, uns auch dazu befähigt, neue anstehende Investitionen zu tätigen. Wir möchten den Gemeinderat dazu auffordern, in Zukunft notwendige Investitionen nicht hinauszuschieben. Es steht der Bau eines neuen Schulhauses an, ein Friedhof muss neugestaltet werden und der Gebäudeunterhalt der gemeindeeigenen Bauten müsste erhöht werden, um nur einige offene Baustellen zu nennen.

Der Klimawandel stellt uns vor Herausforderungen, welche die Covid-Krise klein erscheinen lassen. Mit dem heutigen Kurs können wir die Klimaziele wahrscheinlich nicht erreichen, was für Natur, Gesellschaft und Infrastruktur gravierende Konsequenzen haben wird. Kurzum, es steht nicht nur der Abbau von finanziellen Schulden an. Nach einem Abbau der aktuellen Verschuldung dürfen wir uns nicht davor scheuen, auch wieder neue zu machen, wenn es die aktuelle Situation erfordert.

Charlotte Schwegler  
(L20)

Die L20 ist für Eintreten und Genehmigung des Jahresberichts.

#### **Eintreten CVP/GLP**

Die CVP-/GLP-Fraktion hat den vorliegenden B+A beraten. Der sehr erfreuliche Abschluss wurde wenig überraschend positiv zur Kenntnis genommen. Ich kann es vorweg nehmen: die CVP-/GLP-Fraktion ist einstimmig für Eintreten und Annahme des B+A 1675.

Gründe für die positive Abweichung sind die gleichen wie letztes Jahr. Trotzdem möchten wir zwei Punkte hervorheben. Auf der Aufgabenseite ist der Sach- und Betriebsaufwand tiefer ausgefallen. Die Verwaltung hat dadurch bewiesen, dass sie die Ziele der vorgegebenen Finanzstrategie einhält und auch dementsprechend befolgt. Die Positionen sind von Gemeinderat und Verwaltung direkt beeinflussbar und der Nachweis war ein wenig aufwändiger, weil es doch nicht so transparent war. Die Gemeinde Horw muss trotz des erfreulichen Schuldenabbaus aufpassen, dass sie in der nächsten Zeit die Finanzen im Griff hat. Die Gemeinden des Kantons Luzern verzeichnen fast durchwegs positive Abschlüsse. Trotzdem wird Horw zur kleinen Gruppe von Gebergemeinden gehören, weil unser Resultat doch aus den Resultaten der anderen Gemeinden hervorsticht.

In der CVP-/GLP-Fraktion hat auch die grosse Flut von Messgrössen - wie übrigens letztes Jahr auch schon erwähnt - zu Diskussionen geführt. Messgrössen sind gut, aber in der Fülle geben sie auch sehr viel Aufwand und wenn man sie dann nicht braucht, ist es zu hinterfragen, ob man nicht die eine oder andere, beziehungsweise mehrere, streichen könnte. Da ist unser Aufruf, dass man die Messgrössen hinterfragt. Wir werden den Anträgen der GSK und GPK grossmehrheitlich folgen und werden unsere Punkte in der Detailberatung vorbringen. Die CVP-/GLP-Fraktion bedankt sich beim Gemeinderat und der Verwaltung für die umsichtige Geschäftsführung und die Erstellung des Jahresberichtes.

Wir sind einstimmig für Eintreten und positive Zustimmung des B+A 1675.

#### **Eintreten FDP**

Mit der gegenüber Budget um 15 Mio. besser ausgefallenen Rechnung 2020 gewinnt die Gemeinde Horw weiteren finanziellen Handlungsspielraum und steigt mit deutlich höheren finanziellen Reserven in die nächsten Jahre. Der neu gewonnene Spielraum soll aus Sicht der FDP kurzfristig für anstehende Investitionen im Bildungsbereich wie den vorgezogenen Neubau des Schulhauses Allmend (Ersatz Palazzine) oder sonstige Investitionen in die Gemeindeinfrastruktur genutzt werden. Nicht zu vergessen - aufgrund der hohen Investitionen 80 - 100 Mio. der letzten Jahre - die Schulden abzubauen.

Der Steuerfuss muss in den folgenden Jahren anhand der weiteren Entwicklung diskutiert werden. So müssen etwa die verzögert eintretenden Auswirkungen der Corona-Krise abgewartet werden, welche aktuell noch nicht beziffert werden können. Auch ist abzuwarten, wie nachhaltig die Ursachen für die Überschüsse der Jahre 2018 bis 2020 sind und wie sich die Überschüsse auf die Belastungen aus dem kantonalen Finanzausgleich auswirken. Sollten die Rechnungen 21 und 22 erneut deutlich besser als budgetiert abschliessen und sich die Finanzkennzahlen der Gemeinde Horw weiter positiv entwickeln, wird die FDP eine Senkung des Steuerfusses beantragen.

Das «A und O» für ein griffiges Controlling sind die Kennzahlen. Der nach wie vor latent vorherrschende Eindruck seitens Gemeinde «der GPK zu Liebe» können wir aus betriebswirtschaftlicher Sicht nicht nachvollziehen. Bei den Kennzahlen geht es um

Leo Camenzind (CVP)

Urs Röllli (FDP)

Transparenz und Offenheit, sodass wir auf Augenhöhe diskutieren und die richtigen Schlüsse ziehen können.

Ein sogfältiger Umgang mit den Finanzen ist für die FDP nicht immer erkennbar. Die ausserordentlich hohen Kosten für die Spitex - nicht zuletzt wegen den überdimensionierten neuen Räumlichkeiten - schlagen mit 3.6 Millionen Franken nieder. Dazu kommen noch eine halbe Million Darlehen für die Einrichtung. Da fehlt aus Sicht der FDP das richtige Augenmass.

Nach wie vor bzw. seit Jahren sind leider auch diesmal wieder Transferaufwände mit erheblichen Abweichungen gegenüber dem Vorjahr feststellbar. Die Verantwortlichen konnten uns leider keine schlüssigen Argumente liefern. Neben der GPK ist es nun auch die Revisionsstelle mit Empfehlungen im Revisionsbericht vorstellig geworden.

Das neue Ziel «Effizienzgewinne» jährlich real 1% auf dem «Sach- und übriger Betriebsaufwand» scheint nötiger denn je, steigen die Kosten von 2019 auf 2020 erneut um rund 2.4 Millionen Franken.

Beim «Redesign der Websites» kommt es uns ähnlich vor wie bei der neuen Steuersoftware vom Kanton - nicht Endanwender freundlich und wohl ohne «0815-Testpersonen» eingeführt. Zum Teil findet man die Dokumente sogar über Google schneller als über die Homepage der Gemeinde Horw.

Beim Finanzdepartement ist der Leistungsauftrag «Wirtschaftsförderung» recht umfangreich. Leider fehlen uns hier aber die Resultate und auch Messgrössen. Gerne erwarten wir hier vom Gemeinderat konkrete Vorschläge. Für «Horw mitte» wurden im 2015 rund 1'700 Arbeitsplätze angekündigt. Wo stehen wir hier? Wo sind die realisiert worden?

Überraschungen gibt es auch bei der Altlastensanierung «Stirnrüti» wie auch bei Naphthalinbelastungen bei Schulhäusern. Nicht sehr erfreulich, da bereits Sanierungen im Hofmatt durchgeführt wurden.

Die Entwicklung der Steuern – ohne Dividendenausschüttung – sieht nicht allzu optimistisch aus. Leider ist der Vergleich mit den Vorjahren (S. 129) nicht nachvollziehbar. Die FDP ist gespannt auf die zukünftige Entwicklung ohne Dividendenausschüttungen.

Wir danken dem Finanzdepartement und allen beteiligten Mitarbeitern für die umfangreiche Arbeit sowie Zusatzinfo, welche anlässlich der GPK-Sitzungen eingefordert wurden. Anträge der GPK werden unsererseits unterstützt.

Die FDP ist für Eintreten und Zustimmung des B+A Nr. 1675.

### **Eintreten SVP**

Die SVP-Fraktion hat den Jahresbericht 2020 ebenfalls sehr positiv zur Kenntnis genommen, können wir doch über einen rekordhohen Gewinn der Jahresrechnung diskutieren. Das vor allem auch dank den ausserordentlichen Steuererträgen aus vorzeitigen Dividendenausschüttungen – wohl letztmals.

Es ist auch im Sinne der SVP-Finanzpolitik, dass ein solcher Überschuss vorerst in den Schuldenabbau investiert wird. Wir müssen dranbleiben, die über Jahre angestiegene Verschuldung nachhaltig zu brechen und damit die Schulden weiter zu senken.

Um den Schuldenabbau auch längerfristig durchzusetzen, muss auch das kostenbewusste Arbeiten sowohl in der Verwaltung wie auch im Einwohnerrat fortgesetzt werden. Nur so sind die von den Vorrednern gewünschten Investitionen für das Gemeinwesen zu verkraften.

Reto von Glutz (SVP)

Wir haben noch mehrere Jahre nicht nur an den Folgen der Aufgaben- und Finanzreform 18 Rechnung zu tragen, sondern auch die ausserordentlichen wirtschaftlichen Folgen aus der Corona-Krise, welche auch in unserer Gemeinde Spuren in noch unbekannter Höhe hinterlässt, gemeinsam zu bewältigen. Das macht die Finanzplanung der kommenden Jahre noch um einiges anspruchsvoller, und bei der Umsetzung tragen wir alle Verantwortung dafür.

Vor diesem Hintergrund und diesen Aussichten äussert die SVP schon etwas Kritik an Zusatzkrediten, die in den Kommissionssitzungen angekündigt wurden. So ist unerfreulich, dass der Einwohnerrat voraussichtlich einen Nachtragskredit infolge Mehrkosten in der stationären Pflege bewilligen muss; die Kosten steigen dort massiv, so dass sich die Frage stellt, ob denn die Pflegekosten ausser Kontrolle geraten? Ebenso stört es schon etwas, dass der Gemeinderat wegen der kostspieligen Entfernung von Naphthalin im Schulhaus Hofmatt sehr kurzfristig noch einen Zusatzkredit beim Einwohnerrat beantragen wird, was enorme Folgekosten zulasten der Gemeindekasse bedeutet. Die dafür bestens geeignete Sommerpause in ein paar Wochen wird uns diesbezüglich fast keine andere Wahl lassen.

Bei den Steuern verblasst zwar demnächst der Sondereffekt der hohen Dividendenausüttungen. Dennoch darf bei Überschüssen von über 50 Millionen innert 3 Jahren angeregt werden, beim nächsten Budget über den Steuerfuss zu diskutieren. Denn andere, seit Jahren wiederkehrende Steuereffekte, wie insbesondere die Grundstückgewinnsteuern (+ 2.64 Mio.) und die Handänderungssteuern (wenig über 1 Mio.), dürften angesichts der Immobilienpreise in Horw mit sehr hohen Einnahmen weiterhin fort dauern.

Insgesamt gibt es keinen Grund, das Eintreten abzulehnen. Die SVP-Fraktion ist für Eintreten und im Ergebnis für die Genehmigung der Anträge des Jahresberichts 2020.

Ich danke den Vorrednern für die gute Aufnahme der Rechnung innerhalb der Kommissionen und Fraktionen und für die Würdigung, die Sie abgegeben haben. Alles in allem teile ich Ihre Einschätzung; und auch mit Blick in die Zukunft teile ich weitgehend Ihre Einschätzungen. Mit Bezug auf die angekündigte Steuersenkung: da werden Sie im Juni über das Investitionsprogramm befinden. Dort wird Ihnen der Gemeinderat die Entwicklung der Finanzen der Gemeinde Horw - so wie wir sie jetzt sehen - abbilden und dann können Sie sich selber ein Bild machen, was drin liegt und was nicht.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

Mit Bezug auf die Kennzahlen muss ich Ihnen sagen: wir wehren uns nicht grundsätzlich gegen Kennzahlen und wir halten diese auch nicht nur für eine Befriedigung der GPK. Aber wir stellen natürlich schon die Frage, ob alle Kennzahlen - die im B+A und gewünscht worden sind - Sinn machen oder ob man zunehmend einen Datenfriedhof produziert, der keinen Nutzen hat. Letztlich müsste man auch mal wieder über die Kennzahlen schauen und überlegen, welche eignen sich tatsächlich zu einem Erkenntnisgewinn für Sie und welche eignen sich auch fürs Steuern der Gemeinde. Bei den anderen müsste man den Mut haben einen Schritt zurück zu gehen und sagen, die streichen wir. Dann kann man auch wieder neue aufnehmen, die Sinn machen. Sie haben heute voraussichtlich wieder Anträge für Aufnahme von Kennzahlen, die Kommissionen für sinnvoll betrachten. Das ist gut, das Instrument soll auch leben, das soll man auch dynamisch entwickeln können. Aber man muss auch den Mut haben, sinnlose Zahlen einmal zu entfernen, weil wenn sie nur zur Befriedigung der eigenen Neugier dienen, dann bringen sie niemanden etwas. Die müssen tatsächlich ein Instrument in Ihrer Hand sein, damit sie auch Sinn machen.

Bezüglich Wirtschaftskennzahlen bin ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir Vorschläge bringen. Sie haben sonst auch immer wieder Vorschläge vorgebracht. Wenn Sie

Vorschläge bringen: die sollten sich nicht einfach darauf beschränken, was das Bundesamt für Statistik sowieso erfasst und öffentlich zugänglich ist, sondern es müsste sich wirklich ein Mehrwert ergeben, woraus Sie dann auch Erkenntnisse gewinnen und allenfalls auch steuern könnten.

Zum Nachtragskredit Corona Massnahmen äussere ich mich nur ganz kurz. Da erhalten Sie bei Gelegenheit einen B+A. Ich möchte einfach richtigstellen: es geht dort nicht um Pflegefinanzierung - die Mehrkosten sind von Gesetzes wegen sowieso abgedeckt - sondern es geht um die Mehrkosten in der Betreuung, die unzweifelhaft angefallen sind. Begründungen warum, was und wie werden wir Ihnen in einem separaten B+A darlegen.

Ein letztes Wort zu den Sondersteuern. In der Tat machen die bei uns relativ viel aus. Aber wir müssen schon sehen, mit dem ARF 18 geht der grössere Teil der Sondersteuern mittlerweile an den Kanton und verbleibt nicht der Gemeinde. Von dem her muss man sehen, auch wenn diese stark steigen würden, dann hat die Gemeinde nicht mehr so viel davon, wie sie noch vor zwei Jahren gehabt hätte. Das vielleicht zur Ergänzung und Präzisierung Ihrer Eintretensvoten. Ich schlage vor, dass wir jetzt ins Detail gehen.

### **Detailberatung**

#### Seite 5, 2.2 Nettoverschuldung, Tabelle Finanzkennzahlen

Ich weiss nicht, ob es von den Kommissionen her zu Ihnen durchgedrungen ist. Auf Seite 5 bei der letzten Tabelle, letzte Zeile, grün markiert, haben Sie im 2020 eine Nettoschuld pro Einwohner von 1'638. Diese Zahl ist falsch. Die richtige Zahl lautet 1'561. Das finden Sie weiter hinten richtig abgebildet, aber in dieser Tabelle ist es falsch. Nur wenn Sie es später mal anschauen oder vergleichen, dass Sie dort die richtige Zahl haben.

Hans-Ruedi Jung  
(CVP)

#### Seite 25, 111.02 Gemeinderat

Ich habe ein Rückkommen auf Seite 25. Ich habe dort zu Gemeinderat, Ziffer 43, die Frage an den Gemeindepräsidenten bezüglich der aktivierbaren Eigenleistungen, Mehrkosten von 39'330 Franken. Herr Burkard, was ist der Grund dafür? Um was für aktivierbare Eigenleistungen handelt es sich?

Reto von Glutz (SVP)

Da geht es um die Eigenleistungen, die im Finanzreglement in Artikel 12 beschrieben sind. Dort heisst es: «Eigenleistungen der Verwaltung für die Herstellung einer aktivierbaren Sachanlage werden aktiviert.» Das sind Baubegleitungen, Eigentümervertretungen, Projektleitungen etc. Eigenleistungen erbringt auch der Gemeinderat. Ich kann Ihnen hier ein paar Beispiele nennen, z.B. Teilrevision Ortsplan, Arealentwicklung Bachstrasse, Wettbewerb Seefeld, das ist dort wo ich engagiert bin. Es gibt natürlich noch andere: Sanierung Villa und Pförtnerhaus Krämerstein, Sanierung Pumpstation Grämlis, Unterführung Wegmatt etc. etc. Das sind alles Projekte, in die der Gemeinderat involviert ist und auch seine Leistungen erbringt. Jetzt ist es so, dass das relativ schwierig zu budgetieren ist, weil der Finanzchef natürlich nicht weiss, wo dann der Gemeinderat überall tatsächlich rapportiert, wenn er in den Projekten engagiert ist und die auf Seite 25 aufgeführten Leistungen des Gemeinderates sind nicht budgetiert gewesen. Sie stehen zu Buche mit 39'150 Franken und sie sind in dem Sinn auch nicht budgetiert gewesen, Herr von Glutz. Das werden wir in Zukunft anpassen, damit auch die Leistungen, welche die Gemeinderäte in den Projekten erbringen, in einem gewissen Mass budgetiert werden.

Ruedi Burkard (FDP)

Seite 35, 113.02 Sport- und Freizeit

Ich hätte eine Frage, für was die 20%-Stelle Sportkoordination vorgesehen ist, weil wenn das jetzt zum Beispiel für Reservationen von irgendwelchen Hallen und Plätzen ist, dann frage ich zusätzlich, denn das klappt offensichtlich nach wie vor nicht. Das haben wir schon mal festgestellt, dass es sehr schwierig ist, dass man einfach via Internet die Reservationen machen kann. Das würde sicher auch noch helfen, dass ein Sportkoordinator nicht so viel machen muss.

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Frau Strässle, Sie bringen ja gerade die Argumente. Es ist nicht bis ins letzte Detail koordiniert, dass die Anliegen der Vereine, vor allem der Sportvereine, und die Infrastruktur, welche die Gemeinde Horw zur Verfügung stellt, in letzter Konsequenz koordiniert sind. Da braucht es eine bessere Zusammenarbeit. Einerseits nimmt natürlich die Sportkommission einige Verantwortung wahr, aber dort sind die Ressourcen auch beschränkt. Wir können nicht alles über die Sportkommission abwickeln. Es geht darum, dass man die Sportkommission in ihren Tätigkeiten auch administrativ unterstützt, was eine Sportkoordinationsstelle übernehmen könnte. Weiter geht es darum, dass wir in K5 engagiert sind, im operativen Teil der K5 Sport. Dort geht es darum, dass man Synergiepotential ausarbeitet, dass man schaut, wie man gemeinde- oder städteübergreifend Synergien nutzen kann und dort muss sich einfach jemand damit befassen. Und zwar intensiv damit befassen und nicht nur einfach am Rande und «by the way». Das versuchen wir mit einem 20%-Pensum abzudecken.

Ruedi Burkard (FDP)

Seite 43, 121.02 Schulentwicklung

Wenn man die Zahlen Projekte im laufenden Kalenderjahr anschaut: 2018, 2018, 2020, 21 zu 39 im 2020, dann hätte ich einfach gerne gewusst, um was geht es da? Projekte - da bekommt man den Eindruck, man hat noch Zeit für anderes, als den Lehrauftrag so abzuwickeln wie das vorgesehen ist.

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Die Schule setzt sich selber Ziele und wickelt Projekte ab. Natürlich zuletzt auch im Auftrag von Ihnen oder von der Bildungskommission. Es ist ja nicht so, dass bei all den Projekten - ich kann Ihnen jetzt die 39 Projekte nicht im Einzelnen aufzählen - immer die Lehrpersonen involviert sind. Kann sein, muss aber nicht. Es sind viele Projekte, die innerhalb der Schulleitung abgewickelt werden. Eines ist das Projekt für Lösungen von Schulabgängern. Da gibt es nicht nur eines, sondern es gibt mehrere, die sich darum kümmern. Da haben wir heute noch eine Antwort auf eine Interpellation bereit. Das sind einzelne Projekte, die erfolgreich abgeschlossen werden müssen. Es ist so, dass wir nicht eine globale Projektgestaltung machen, sondern wir starten gezielt Massnahmen, die wir innerhalb der Bildung erreichen wollen und es wird in dem Sinn auch spezifisch abgewickelt. Das ist aus meiner Sicht auch richtig darum, weil wenn man ein Projekt mit einem entsprechenden Prozess abwickelt und das immer gleich macht, ist man effizienter in der Projektabwicklung. Da ist vielleicht die Anzahl der Projekte ein bisschen verhänglich. Aber Sie müssen sich nicht vorstellen, dass dies Projekte sind, die über Jahre hinweg weitergetrieben werden, sondern es sind Projekte für die Schule, die im Einzelnen punktuell nach einem bestimmten Prozess abgewickelt werden.

Ruedi Burkard (FDP)

Wenn ich jetzt die Antwort höre, dann müsste ich eigentlich sagen, das ist genau so eine Messgrösse, die eigentlich nichts aussagt. Weil wenn man die Zahlen vergleicht, erhält man keinen Anhaltspunkt von wenig oder mehr Projekten, weil die Projekte unterschiedlich gross und klein sind. Und wann sagt man, es ist ein Projekt oder ist es einfach eine Aufgabe? Ich könnte mir deshalb vorstellen, dass das eine Messgrösse ist, die hier nicht viel aussagt. Aber das müssen wir nicht hier entscheiden, sondern müssen dies in der GPK diskutieren.

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Frau Strässle, Ihr Wort in meinem Ohr. Ich kann das nur unterstützen, wenn Sie auf eine dieser Kennzahlen verzichten können. Sie können aber versichert sein, dass wir die Projekte bei der Schule in dieser Konsequenz weiterhin durchführen werden.

Ruedi Burkard (FDP)

Seite 44, 121.03 Zentrale Dienste Schule / Seite 45, 121.20 Primarstufe

Larissa Lehner (L20)

Die GSK hat hier einen Antrag auf Bemerkung, und zwar geht es uns um den Punkt 121.03 auf Seite 44 sowie auch auf Seite 45 Punkt 121.20, die Messgrösse Lernende mit IF-Fördervereinbarung. Die Messgrösse bezieht sich nur auf Schüler die speziell unterstützt werden, weil sie Mühe haben dem Unterricht zu folgen. Es gibt aber auch Schüler, die aufgrund ihrer Hochbegabung eine solche Fördervereinbarung brauchen. Die GSK hat darum folgenden Antrag auf Bemerkung: «Es braucht eine weitere Messgrösse, sodass unterschieden werden kann, ob die Schülerinnen und Schüler aufgrund zu geringem oder zu hohem Lerntempo die Fördervereinbarung benötigen.»

**Abstimmung:**

Ivan Studer (CVP)

Antrag GSK auf Bemerkung: «Es braucht eine weitere Messgrösse, sodass unterschieden werden kann, ob die Schülerinnen und Schüler aufgrund zu geringem oder zu hohem Lerntempo die Fördervereinbarung benötigen.»

**Dem Antrag wird mit 28 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.**

Seite 70, Messgrössen 301.01 Verkehr BD, LED-Kandelaber Strassenbeleuchtung

Lukas Bucher (L20)

Wir haben vorhin kurz etwas gehört über die Kandelaber. Aber der Antrag einer zusätzlichen Kennzahl kommt von der GPK, und zwar eine Kennzahl über den Stromverbrauch in Kilowattstunden der öffentlichen Beleuchtung in der ganzen Gemeinde, damit man den Einfluss von LED sieht, dass der Stromverbrauch tendenziell sinken sollte. Antrag GPK auf Bemerkung: «Die GPK beantragt, dass diese Kennzahlen künftig in kWh angegeben werden.»

**Abstimmung:**

Ivan Studer (CVP)

Antrag GPK auf Bemerkung: «Diese Kennzahlen sollen künftig in kWh angegeben werden.»

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

Seite 70, Neubau Kindergarten Ebenau

Urs Steiger (L20)

Ich komme auf den Kindergarten Ebenau zu sprechen. Der Kindergarten kann ein 50Jahre-Jubiläum als Provisorium feiern, plus minus ein Jahr. Da steht lapidar, das Projekt sei abgebrochen worden. Es ist mal ein Bericht und Antrag versprochen worden. Gewisse Auskünfte haben wir inzwischen erhalten, dass dies ein bisschen komplizierter ist. Ich würde meinen, man sollte dort die Ausführungen im entsprechenden Jahresbericht haben. Zudem ist es nicht ganz kohärent zu Seite 43 Schulraumplanung. Dort steht als Erklärung, ohne Ersatzprojekt drohe ein Engpass. Das kann ich nicht ganz nachvollziehen. Das zweite betrifft den Hochbau dieses Kindergartens. Mich dünkt es schon, dass man sich Überlegungen machen sollte, was man tatsächlich machen würde. Und zwar durchaus im Sinne eines öffentlichen Gebäudes. Sei das ein Kindergarten, ein Kinderhort, sei das ein Quartierzentrum oder was weiss ich, im Sinne einer multifunktional nutzbaren Einrichtung für das Quartier. Es ist uns gesagt worden, ein Kindergarten könne man nicht machen wegen der Tagesstruktur, das sei schwierig, das müsse man im Allmend andenken. Aber es gibt ja durchaus Bedarf an öffentlichen Räumen in diesem Quartier. Ich meinte, dort dürfte man durchaus noch weiterdenken.

Betreffend Kindergarten Ebenau ist es so, dass der Gemeinderat mal ein Projekt für eine «Kinderburg» mit 3 Kindergarten geplant hatte. An der Einwohnerratssitzung vom November 2019 hat die GPK den Antrag auf Bemerkung gestellt: Bei der Arealentwicklung Ebenau - da ging es genau um den Dreifach-Kindergarten - soll man nicht nur den im Moment benötigten Raum erstellen, sondern das Projekt soll als Gesamtausnützung gemäss BZR ausgeschöpft werden. Der Antrag der GPK wurde dannzumal mit 25 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Mit dieser Abstimmung haben Sie das Projekt Kindergarten Ebenau quasi beerdigt. Also wenn wir jetzt dort auf unserem eigenen Areal einen Bau erstellen müssen, der gemäss BZR die erforderlichen Ausnützungen ausschöpft, dann müssen wir zuerst einmal warten bis die neue Ortsplanung steht, und dann können wir uns Gedanken machen, was wir auf dem Areal Ebenau machen. Zum jetzigen Kindergarten Ebenau kann ich sagen, der ist noch in einem sehr guten Zustand. Er ist zwar schon älter, aber der Kindergarten funktioniert.

Ruedi Burkard (FDP)

Dann zu der ganzen Kindergartenplanung. Das ist tatsächlich ein bisschen speziell, kompliziert muss ich sagen, weil seit wir Ihre Entscheid im November 2019 entgegengenommen haben, haben wir uns entschieden, den Doppelkindergarten Kirchfeld zu bauen und trotzdem den Kindergarten Stirnrüti zu eröffnen. Das ist jetzt alles auf der Payroll, das gelangt jetzt alles zum Funktionieren. So können wir die gemäss Schulraumplanung benötigten Räume zur Verfügung stellen. Es ist einiges am Laufen im Quartier Spitz. Dort sind wir auch in Verhandlungen, wie wir die Kindergartenbedürfnisse in diesem Raum lösen wollen. Wenn man jetzt alles so überblickt muss man schauen, was für Raumbedarf haben wir im Ebenau, was für Raumbedarf haben wir im Seefeld und welchen Raumbedarf decken wir im Allmend ab und welchen haben wir schlussendlich im Spitz. Gleichzeitig muss man verfolgen, wie sich die Schulraumbedürfnisse mit den Zuzügen entwickeln, vor allem im Zentrum. Die Entwicklungen werden wir im 2022 wieder neu beurteilen lassen und dann können wir die nächsten Schritte in Angriff nehmen. Die Situation, die wir jetzt haben, ist Ihrer Entscheid vom November 2019 geschuldet.

Das eine möchte ich einfach wiederholen. Gerade wenn ich jetzt den Gemeindepräsidenten gehört habe, ist die Ausführung «Projekt abgebrochen» natürlich ausserordentlich kurz ausgefallen. Da hätte man zumindest die Information von 2019 erwähnen können, das wäre angebracht gewesen. Ich verstehe die Kürze, aber man darf ein wenig über die Kürze hinausgehen. Das zweite ist, das hat der Gemeindepräsident auch ausgeführt, primär aus der Schulraumplanung heraus, das verstehe ich. Aber gerade bei einem solchen Objekt an so einem Standort geht es auch darum, dass man ein wenig weiter und nicht nur an die Schule denkt, sondern andere Aspekte einbezieht. Ich habe gesagt, Quartierzentrum oder was auch immer. Da bitte ich, das in den weiteren Überlegungen departementsübergreifend anzuschauen.

Urs Steiger (L20)

Das nimmt der Gemeinderat so zur Kenntnis.

Ruedi Burkard (FDP)

#### Seite 96, 402.01 Familienbetreuung Allgemein

Die GSK hat unter Punkt 402.01 eine Bemerkung. Dort steht, dass es schwierig ist neue Tageseltern zu finden, weil die Anstellungsbedingung zu wenig attraktiv sind. Die GSK würde es begrüßen, wenn die Anstellungsbedingungen verbessert werden könnten, sprich wenn man den Tageseltern einen besseren, höheren Lohn ausbezahlen könnte. Wir sind der Meinung, dass es wichtig ist, dass das Angebot Tageseltern nebst den Kitas aufrechterhalten bleibt, weil im Gegensatz zu den Tagesstrukturen können schon Kinder im Vorschulalter bei Tageseltern untergebracht werden. Die sind oft wie zweite Eltern für die Kinder. Natürlich gibt es auch Eltern, die Tageseltern einer Kita vorziehen, weil man dort zum Beispiel eine individuellere Betreuung bieten kann.

Larissa Lehner (L20)

Da meine Frau 20 bis 25 Stunden im Monat als Tagesmutter tätig ist, trete ich in den Ausstand.

Jürg Biese (FDP)

Ich kann den Antrag absolut unterstützen. Ich habe nur noch eine Frage bevor wir abstimmen. Das ist ja kein neues Thema. Das haben wir hier schon mehr als einmal vorgebracht. Wir haben schon mehr als einmal gesagt, es ist einfach nicht gut, wie das gemacht wird. Ich möchte jetzt fragen: was hat man seit den letzten Malen unternommen? Was ist gemacht worden bis zum heutigen Stand, wo man die Familienbetreuung nach wie vor vernachlässigt?

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Mat hat eine Anpassung gemacht, den Stundenansatz hat man erhöht von Fr. 6.- auf Fr. 7.20 pro Stunde und pro Kind. Das ist aktuell was passiert ist. Ein Grund, dass es schwierig ist Tageseltern zu finden ist sicher auch, weil Frauen vermehrt in die Wirtschaft arbeiten gehen anstelle daheim zu bleiben. Sie wollen arbeiten gehen und es sind auch nicht alle Frauen bereit, sich zu überlegen, wenn sie daheimbleiben, Hausfrau sind, dass sie auch Tageseltern anbieten könnten. Das ist sicher ein Handicap, das man heute hat.

Claudia Röösl Schuler  
(L20)

Da haben wir jetzt aber nur von einem Betrag von Fr. 1.20 gesprochen. Ich hätte gerne gewusst, was man sonst noch machen kann, um das attraktiv zu machen. Es geht ja nicht nur ums Geld - selbstverständlich ist das wichtig, dass eine Arbeit auch bezahlt wird - aber man spricht auch von attraktiv machen. Es gibt durchaus Frauen, die Hausfrauen - was nicht als negativ angesehen werden soll - und daheim sind und gerne etwa 10 Kinder um sich herumhaben und einen super Job machen. Es ist nicht nur der Franken, sondern man muss mal das Ganze anschauen, was man für Optionen hat, dass man das besser unter die Familien bringen kann. Es gibt beide Seiten. Selbstverständlich gibt es viele, die arbeiten gehen, aber es sind viele, die nicht 100% arbeiten und dort bleiben auch noch ein wenig Prozente übrig. Ich möchte nicht länger werden, aber sicher den Antrag der GSK unterstützen.

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Wir schauen das schon länger in einem Gesamtrahmen an. Es ist nicht Thema von uns, dass wir das nur auf die Kosten beziehen. Wenn man keine Frauen findet - oder Männer, es müssen nicht nur Frauen sein, es könnten auch Männer sein, die daheim sind - dann findet man keine. Das ist eine Schwierigkeit. Ich denke, es hat bestimmt mit der schlechten Bezahlung zu tun, dass es zu wenig attraktiv ist. Die Frauen, welche wir aktuell haben, sind seit Jahren dabei. Die meisten haben schon 10- oder 20-jährige Jubiläen gehabt. Es gibt Frauen, die 10 Jahre dabei waren und jetzt - wo die Kinder gross sind - wieder in die Wirtschaft arbeiten gehen wollen, was natürlich legitim ist. Es ist einfach schwierig, Nachwuchs zu finden. Es liegt nicht daran, dass man das zu wenig attraktiv machen oder zu wenig bewerben würden.

Claudia Röösl Schuler  
(L20)

**Abstimmung:**

Bemerkung GSK auf Bemerkung: «Die Kommission würde es begrüssen, wenn die Anstellungsbedingungen verbessert werden könnten (höherer Lohn).»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird einstimmig zugestimmt.**

Seite 103. 403.02 Generelle Sozialhilfe

Der Präsident der GSK hat es im Eintreten bereits angetönt. Und zwar geht es um die Mietzinsbeihilfen, die 158'000 Franken unter dem Budget abgeschlossen haben. Anlässlich der Detailberatung in der GSK hat uns Sozialvorsteherin Claudia Röösl informiert, dass die Gemeinde aus Datenschutzgründen die Einwohnerinnen und Einwohner von Horw nicht mehr öffentlich auf die Möglichkeit von Mietzinsbeihilfen aufmerksam

Roger Eichmann  
(CVP)

machen darf. Wir finden das sehr schade. Denn einerseits ist der bezahlbare Wohnraum in der Gemeinde Horw eh schon knapp und andererseits kann man genau mit diesem Instrument Mietzinsbeihilfe in Einzelfällen Personen oder Familien entlasten und so verhindern, dass diese in die Sozialhilfe abrutschen.

Antrag GSK: Der Gemeinderat wird beauftragt, die Horwer Bevölkerung aktiv über die Möglichkeit von Mietzinsbeihilfen zu orientieren - früher wurde auf das Angebot zum Beispiel im Blickpunkt hingewiesen.

Die CVP möchte darauf hinweisen, dass die Mietzinsbeihilfen vor Jahren im Einwohnerrat diskutiert worden sind und die CVP auch geschaut hat, dass eine Mehrheit gefunden wurde und diese weitergeführt wurden. Wir sind der Meinung, es bringt nicht viel, wenn es im Budget enthalten ist, es aber nicht publik gemacht werden kann. Darum bitte ich Sie, unterstützen Sie den Antrag, beziehungsweise die CVP wird ihn voll und ganz unterstützen.

Leo Camenzind (CVP)

Das ist richtig, das ist im Einwohnerrat diskutiert worden. Unter anderem weil es die sogenannten SKOS-Richtlinien gibt. Wenn Sie die mal anschauen sehen Sie, wie gut für Personen, die sicherlich aufs Portemonnaie schauen müssen, eben schon geschaut wird. Und die Mietzinsbeihilfen sind eigentlich ein alter Zopf - sogenannter Horwer-Standard haben wir das genannt. Wenn man anschaut, was in den SKOS-Richtlinien alles enthalten ist, das ist zum Teil unglaublich, also das geht über auswärtig eingenommene Getränke, über Vereinsbeiträge, kleine Geschenke, es geht über zu guten Sachen wie öffentlicher Verkehr, laufende Haushaltsführung, Energieverbrauch, Bekleidung, Nahrungsmittel etc. Auch Mietkosten sind in den SKOS-Richtlinien detailliert beschrieben, was es alles gibt. Und das ist jetzt wirklich etwas, was in der Administration etwas bewirken könnte, dass man das besser nützt, was es schon gibt und nicht noch zusätzlich etwas führt, für das anscheinend auch die Nachfrage gar nicht gegeben ist. Ich gehe davon aus, dass die Leute, welche diese bezogen haben und noch allenfalls immer in Horw wohnen würden, dass die bei der Gemeinde Horw trotzdem anklopfen und fragen würden, gibt es die nicht mehr oder was ist passiert, dass die nicht mehr ausbezahlt werden. Die FDP wird den Antrag nicht unterstützen.

Urs Rölli (FDP)

Nun muss ich etwas berichtigen. Mietzinsbeihilfe ist nur für EL-Bezügerinnen und -Bezüger. SKOS-Richtlinien ist für die wirtschaftliche Sozialhilfe. Sobald jemand wirtschaftliche Sozialhilfe bezieht, hat er kein Anrecht auf Mietzinsbeihilfe. Damit das klar ist: Mietzinsbeihilfe ist nur für EL-Bezügerinnen und -Bezüger.

Claudia Röösl Schuler (L20)

**Abstimmung:**

Antrag GSK auf Bemerkung: «Der Gemeinderat wird beauftragt, die Horwer Bevölkerung aktiv über die Möglichkeit von Mietzinsbeihilfen zu orientieren.»

Ivan Studer (CVP)

**Dem Antrag wird mit 22:5 Stimmen, bei 1 Enthaltung, zugestimmt.**

Seite 107, Defibrillatoren im öffentlichen Raum

Ich habe ein Rückkommen auf Seite 107. Wir haben dort «Defibrillatoren im öffentlichen Raum». Meine Frage lautet: ist der Gemeinde bekannt, wie viele Male die Geräte schon eingesetzt worden sind?

Reto Eberhard (SVP)

Immer wenn so ein Gerät eingesetzt werden müsste, wäre man auch darüber informiert worden, denn es ist ja ein Notfallgerät. In dem Sinn haben wir keine Information, dass diese eingesetzt worden sind.

Astrid David Müller (SVP)

**Anhang zum Jahresbericht 2020**  
Keine Anmerkungen

**Abstimmung Beschluss:**

**Der Jahresbericht 2020, bestehend aus dem Bericht über die Umsetzung des Legislaturprogramms, den Berichten zu den Aufgabenbereichen, der Jahresrechnung, dem Prüfbericht der externen Revisionsstelle, dem Bericht der Geschäftsprüfungskommission und dem Kontrollbericht der Finanzaufsicht wird mit 28:0 Stimmen, bei 1 Enthaltung, genehmigt.**

Ivan Studer (CVP)

**3. Dringliches Postulat Nr. 2021-730 von Urs Steiger, L20, und Mitunterzeichnenden: Erweiterung Badeplatz EAWAG**

Die Gemeinde hat in den Legislaturzielen festgelegt, dass man versucht Badeplätze und Seezugänge zu verbessern, wo das möglich ist. Eine Möglichkeit bietet sich beim Badeplatz EAWAG. Der ist Grössenordnung vor 20 Jahren umgestaltet worden. Wir haben dort im Moment Parkplätze der EAWAG auf Gemeindeland. Eigentlich ist es nicht zwingend, dass an einer solch See nahen Situation Parkplätze positionieren müssen. Die EAWAG ist am Bauen bzw. am Planen von ihrem Bau und könnte die Parkplätze genauso gut an einem anderen Ort positionieren, weiter oben oder sogar als Einstellhalle. Sicher, verlegt man sie gegen oben in den Hang, gilt es auch den landschaftlichen Aspekten Rechnung zu tragen. Aber es bieten sich Möglichkeiten, wird doch ohnehin die Scheune abgerissen. Also wird dort Boden, der schon nicht mehr natürlichen Zustand ist; er könnte sicher genutzt werden. Grundsätzlich ist es nun eine Situation, in der man handeln kann, Es braucht aber jetzt beidseitig eine gewisse Aktivität, sowohl von der EAWAG als auch von der Gemeinde. Nachdem die Gemeinde in dem Bericht zur Gestaltung der Seestrasse bereits Ideen entwickelt hat, wie man die Erweiterung des Badeplatzes machen könnte, sollte man dies angehen. In dem Sinn nehmen Sie dies doch entgegen, die Sache prüfen und weiterverfolgen.

Urs Steiger (L20)

Der Gemeinderat kann die Ausführungen und Anliegen im Postulat grundsätzlich gut nachvollziehen und wir sind bereit, das Postulat entgegenzunehmen und die Anregungen zu prüfen.

Astrid David Müller (SVP)

**4. Motion Nr. 2020-309 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Planungsbericht zu einem klimafreundlichen Gebäudepark der Gemeinde Horw ("Öl- und Gasheizungen sollen verschwinden!?")**

Die Immobilien der Gemeinde Horw haben ein grosses Potential. Der Gebäudepark bzw. das Immobilienportefeuille könnten sicher in verschiedener Perspektive verbessert werden. Es ist schon einiges gemacht worden, insbesondere bei Immobilien im Verwaltungsvermögen. Das Gemeindehaus saniert, ein neues Schulhaus Zentrum weitgehend und auch bei den weiteren Schulhäusern wie Kastanienbaum aber auch teilweise Spitz etc. ist schon einiges gegangen diesbezüglich. Das ist auch gut so. Auch im Krämerstein setzt man jetzt sicher die richtigen Schwerpunkte. Neben Massnahmen zur Reduktion von CO2 sind auch Fragen zu Solar und betriebswirtschaftlichem Nutzen Themen zu einem klimafreundlichen Gebäudepark.

Urs Rölli (FDP)

Welche Vorteile bringt nun ein Planungsbericht der Gemeinde Horw? Es bringt einerseits Planungssicherheit, detaillierte Budgetierungen auch für das Finanzvermögen, wo wir manchmal etwas den Eindruck haben, es wird vernachlässigt. Dann auch das Sichern des Marktwertes. Im Rahmen einer Gesamtstrategie Immobilien: welcher Ertragswert kann eine Liegenschaft langfristig wirklich generieren. Welche Optimierungen sind notwendig, sei es zum Beispiel für ein neues Raumkonzept. Ist auch energetische Erhöhung tragbar oder ist ein Ersatzneubau gefragt. Das kommt schlussendlich auch den Mietern der betroffenen Liegenschaften, vor allem im Finanzvermögen, zu Gute. Anstossen von möglichen Verbundlösungen als Schlüsselkunde: generiert Nutzen für Private auch durch die Verbreiterung des Energieträgerangebotes wie Mikroverbund in Holz, Abwärmenutzung die es neu auch gibt zum Teil in der Agglomeration Luzern oder bei uns in Horw die Seenergy. Dann geht es auch um das Senken von Betriebskostenrisiken, die CO<sub>2</sub>-Abgaben, welche jeder Immobilienbesitzer sieht auf den CKW-Rechnungen, wie die zu Buche schlagen. Auch eine Vorbildrolle als Energiestadt ist für die Gemeinde Horw sicher sinnvoll. Ich bedanke mich, wenn der Gemeinderat bereit ist, die Motion entgegenzunehmen und eine Ausarbeitung eines Berichts im Einwohnerrat vorlegen könnte.

Ich kann es kurz machen. Der Gemeinderat ist selbstverständlich bereit, die Motion entgegenzunehmen. Eine zielgerichtete Immobilienstrategie, welche die Gebäude analysiert, natürlich in Bezug auf den energetischen Zustand, aber auch den Handlungsbedarf eruiert und die notwendigen Massnahmen sachgerecht plant, ist für uns selbstverständlich. Der Zustand der gemeindeeigenen Gebäude - es sind insgesamt 27 - ist tatsächlich sehr unterschiedlich. Es gibt gewisse, welche Solaranlagen aufweisen. Es gibt gewisse, die jetzt schon Erdsonden haben. Von dem her wenden wir uns sicher nicht gegen die Entgegennahme der Motion.

Astrid David Müller  
(SVP)

Der Gemeinderat muss die Auswirkungen der Motion auf den Finanzhaushalt grob schätzen. Zuerst mal der Planungsbericht: der wird rund 30'000 bis 35'000 Franken kosten und ist bereits schon in Erarbeitung. Die Kosten der Gebäude, das ist dann schwieriger zu schätzen. Wir sind vorsichtig davon ausgegangen: 150'000 bis 180'000 Franken. Das ist natürlich über mehrere Jahre hinweg geschätzt. Also kommen wir für alle Gebäude, die unterschiedlichen Handlungsbedarf vorweisen und auch unterschiedliche Kosten verursachen werden, auf eine Schätzung von rund 5 Mio. Franken.

##### **5. Postulat Nr. 2021-724 von Philipp Peter, L20, und Mitunterzeichnenden: Massnahmen zur Beruhigung und zur Steigerung der Verkehrssicherheit im Begegnungsraum Kantonsstrasse**

Die L20 wünscht mit diesem Postulat, dass man eine langjährige offene Rechnung noch endgültig begleicht und die Ziele, die nicht erreicht worden sind mit der Umgestaltung der Kantonsstrasse angehen und das innerhalb von diesem Postulat prüfen würde, wie man dort die Sicherheit und die Beruhigung noch erzeugen könnte.

Philipp Peter (L20)

Der Gemeinderat beantragt Ihnen, das Postulat abzulehnen und begründet dies wie folgt. Die im Postulat erwähnten objektiven und vor allem subjektiven Mängel sind bekannt. Ob und wie gross die Probleme wirklich sind, wäre aber tatsächlich nochmals zu verifizieren, denn gerade mit der Umgestaltung der Kantonsstrasse wird auch immer wieder politische Polemik betrieben. Ein Beispiel: Der Postulant verweist auf eine Umfrage aus dem Jahr 2009 und schreibt, dass 2/3 der Horwer Bevölkerung bekundeten, dass die Sicherheit der Fussgänger nicht gewährt ist. Mag sein, dass der Postulant das

Thomas Zemp (CVP)

Umfrageergebnis so interpretiert. Tatsächlich lautete die Fragestellung: «Die Umgestaltung der Kantonsstrasse bedeutet mehr Sicherheit für die Fussgänger.» Darauf antworteten 2/3 von 608 Horwerinnen und Horwer mit «stimme eher nicht zu» (28%) oder «stimme überhaupt nicht zu» (38%).

Es sind auch immer wieder Vorstösse zur Kantonsstrasse eingereicht worden, hauptsächlich zum Thema Fussgängerstreifen. Der Gemeinderat hat Ihnen mehrfach aufgezeigt, wieso beispielsweise keine Fussgängerstreifen installiert werden können. Aktuelle Schwachstellen haben wir im Verkehrsrichtplan aufgezeigt, das führt der Postulant ja auch so aus. Das Postulat ist zwar lösungsoffen formuliert, zielt aber in der Konsequenz aus Sicht des Gemeinderates auf die Einführung einer mindestens abschnittsweise Begegnungszone ab. Erst dann, wenn man tatsächlich über ein anderes Konzept, über so eine Begegnungszone diskutieren könnte, dann hätte man auch neuen Handlungsspielraum, um die bemängelten Punkte anzugehen. Der Postulant verwendet in seinem Postulat zum heutigen Konzept klare Worte. Ich zitiere: «Einmal mehr zeigt sich, dass das Konzept Kantonsstrasse gescheitert ist und es heute dringend notwendige Anpassungen blockiert.» Und Philipp Peter hat es vorher gesagt, eine langjährige offene Rechnung muss beglichen werden. Die Umgestaltung der Kantonsstrasse im Jahr 2004 basiert jedoch - das haben wir auch schon mehrfach erwähnt - auf dem politischen Kompromiss. Es war mal eine Begegnungszone geplant, man war aber der Meinung, dass Tempo 20 nicht mehrheitsfähig ist und hat sich darum darauf geeinigt, dass man eine Tempo-30-Zone einführt. Der Gemeinderat schätzt die Umsetzung einer Begegnungszone nach wie vor nicht als mehrheitsfähig ein. Der Gewerbeverein beispielsweise hat sich dazu bereits positioniert. Wir sind der Meinung es nützt nichts, den Vorstoss einfach entgegenzunehmen und nachher nichts zu machen, sondern wir lehnen ihn ab. Wenn Sie ihn überweisen, dann wollen wir von Ihnen ein klares politisches Bekenntnis, dass der Einwohnerrat zu einer allfälligen Umgestaltung in eine Begegnungszone - und damit zu Tempo 20 - ja sagt.

Es ist ein Unterschied, ob ein Postulat vom Gemeinderat entgegengenommen wird oder nicht. In dem Fall, in dem das Geschäft vom Gemeinderat entgegengenommen wird, findet die Diskussion nur auf Beschluss des Rates statt. In dem Fall, in dem der Gemeinderat das Geschäft ablehnt, gibt es eine Diskussion und im Anschluss eine Abstimmung.

Ivan Studer (CVP)

Auch die CVP/GLP-Fraktion hat das Postulat beraten. Ich nehme es vorweg, wir sind mehrheitlich für nicht überweisen. Abgesehen von den Stosszeiten funktioniert der Betrieb der Kantonsstrasse aus unserer Sicht angemessen. Und zwar angemessen für die zentrale Hauptstrasse von einer grossen Gemeinde mit über 14'000 Einwohnern. Die Kantonsstrasse ist unsere Hauptverkehrsachse, sie ist auch die Hauptverkehrsachse für die VBL, den öffentlichen Verkehr. Es ist illusorisch, wenn man das Gefühl hat, die Kantonsstrasse könnte zu einer Spielstrasse umfunktioniert werden. Die Gemeinde Horw hat im Zentrum, rund um das Gemeindehaus, in den letzten Jahren Raum geschaffen, der einlädt für Begegnungen und wo Kinder bedenkenlos spielen könnten.

Roger Eichmann  
(CVP)

Der Postulant schreibt, dass sich die Verkehrsmenge auf der Kantonsstrasse nach der Neugestaltung nicht reduziert habe. Unsere Abklärungen haben aber ergeben, dass sich die Verkehrsmenge mit der Neugestaltung sehr wohl reduziert hat. Vor der Neugestaltung waren es 13'000 Durchfahrten pro Tag, heute sind es etwas über 9'000. Wenn man dies noch ins Verhältnis setzt zum Bevölkerungswachstum und zur Zunahme der Mobilität in den letzten 15 Jahren, dann hat sich die Verkehrsmenge auf der Kantonsstrasse erheblich reduziert.

Wie eingangs bereits erwähnt, ist die CVP/GLP-Fraktion mehrheitlich für nicht überweisen. Wir möchten aber den Gemeinderat beauftragen, den Betrieb von unserer

Hauptverkehrssachse laufend zu prüfen und allenfalls kleinere Optimierungen umzusetzen.

«Der Verkehr, den wir in Horw haben, ist einfach eine Zumutung. So geht's einfach nicht mehr weiter. Die Leute können fast nicht mehr über die Strasse gehen, die Kinder sind gefährdet und das wird nicht abnehmen, im Gegenteil, das nimmt noch zu. Die Horwer können das einfach nicht mehr tragen. Die Horwer Bürger müssen einfach einmal zusammenstehen und dagegen einen Kampf führen.» Diese Aussage ist nicht von mir, sondern stammt aus 1979 vom Gemüsehändler Blatter, die älteren unter Ihnen werden sich vermutlich noch an seinen Laden am Merkurkreisel erinnern. Die Aussagen können vielleicht weniger dramatisch, aber immer noch gültig erklärt werden. Es ist nämlich so, dass nach über 40 Jahren das meiste davon immer noch zutrifft. Unser Postulat verfolgt also ein altes Ziel, nämlich die bis heute unbefriedigende Situation an der Kantonsstrasse auf dem Abschnitt Wegscheide bis Merkurkreisel endlich in Angriff zu nehmen.

Philipp Peter (L20)

Seit die Kantonsstrasse vor über 15 Jahren für mehr als 6 Millionen umgestaltet worden ist, hat sich die Situation auch faktisch nur geringfügig verändert. Da geht es nicht um subjektive Wahrnehmung, sondern mit durchschnittlich fast 10'000 Durchfahrten pro Tag hat sich der Pendlerverkehr und der Durchfahrtsverkehr nicht verringert und nicht eingestellt, wie man der Bevölkerung versprochen hat. Man hat der Bevölkerung versprochen, eine Halbierung herbeizuführen auf 5'000 bis 6'000 Fahrzeuge pro Tag. Die Erkenntnisse sind auch nicht neu. Und angesprochen von Herrn Zemp auf die Bevölkerungsumfrage, was denn die Umgestaltung genau gebracht hat, hat sich über die Hälfte dazu geäußert, dass der Verkehr nicht abgenommen hat und die Unfallgefahr nicht gesunken ist. Auch wenn das Befragungsergebnis ein wenig anders getönt hat, ist es doch so, dass 2/3 nicht das Gefühl hat, dass die Umgestaltung zu mehr Sicherheit bei den Fussgängern geführt hat.

Das gleiche - und da müssen wir jetzt gar nicht weiter die Bevölkerung fragen - hat auch die offizielle Wirkungsanalyse, die man bei der Hochschule Luzern in Auftrag gegeben hat, bestätigt:

- Ziel «Reduktion des Verkehrs»: bei weitem nicht erreicht
- Ziel «Sicherheit für Fussgänger»: nicht erreicht
- Ziel «Lärmemissionen reduzieren»: nicht erreicht
- Ziel «Verkehrsberuhigung»: unklar

Das ist das Resultat, welches wir als Gemeinde erhalten haben. Man könnte also sagen, man hat der Bevölkerung ein mehrgängiges Menü versprochen, nach den Vorspeisen dann aber einfach nichts mehr weiter serviert. Es wurde aber nicht reklamiert oder weniger bezahlt. Nein. Man bezahlte, und zwar für alle 8 Gänge, ist dann aufgestanden und hat allen erzählt, wie gut man doch gegessen habe. Eine groteske Situation. Dazu kommt, dass in jüngster Zeit, vor 2 Jahren der Kanton hat entscheiden müssen, dass eine Querung für Schulkinder nicht zumutbar ist. In meinen Augen eine peinliche Situation, dass es dazu hat kommen müssen. In aller Schnelle hat man einen Lotsendienst für Schulkinder ins Leben gerufen und damit ein weiteres kleines Pflasterli auf die grosse Wunde geklebt. Das kann höchstens eine provisorische, sicher aber nicht eine dauerhafte Lösung sein.

Meine Damen und Herren, man fragt sich ja schon, wie viele klare und objektive - und nicht subjektive - Zeichen braucht es denn eigentlich noch? In meinem Postulat spreche ich auf den Richtplan Fuss- und Veloverkehr an, an dem externe Verkehrs- und Planungs-Experten gearbeitet haben und einmal mehr vor Augen führt, dass die Problemstellen und Sicherheitslücken auf diesem Strassenabschnitt klar vorhanden aber nur zu lösen sind, wenn wir vom bestehenden Konzept abrücken. Es braucht Anpassungen, es braucht Änderungen.

Gewisse mögen der L20 vorwerfen, dass sie da und dort auch extreme Forderungen stellt. In dem Postulat geht es aber um keine grüne Revolution, sondern um eine überfällige Anpassung. Wir wollen die Situation für alle Horwerinnen und Horwer verbessern und unser Zentrum endgültig und zukunftsweisend aufwerten. Und auch wenn es in gewissen Kreisen nicht verstanden wird, nein, es geht uns nicht um die Reduktion von Parkplätzen. Es geht uns nicht darum, gegen das Gewerbe zu politisieren. Ganz im Gegenteil. Es geht uns um die Qualität unseres Dorfzentrums. Es geht um Aufenthaltsqualität. Es geht darum, dass man sich im Horwer Zentrum begegnet, einkaufen kann, dass die Läden mehr Laufkundschaft haben, dass die Gastronomie aufgewertet wird und einladend ist und sich sogar noch ausbreiten könnte und nicht mehr vom Kolonnenverkehr dominiert wird. Konsumieren, einkaufen, verweilen, queren... und das alles sicher. Horw hat's verdient, dass es ein tatsächlich beruhigtes Zentrum bekommt. Ich bitte Sie, dem Mehrwert für alle Horwer Bevölkerungsgruppen zuzustimmen und freue mich auf eine sachliche Diskussion.

Zuerst möchte ich mich mal grundsätzlich dem Vorredner der CVP anschliessen, möchte aber noch ein paar eigene Worte dazu sagen. Wir haben das Postulat betreffend Fussgänger, in dem es darum geht, Sicherheit auf der Kantonsstrasse generieren, am 13. Februar 2020 eingereicht. Es ist dann leider nicht überwiesen worden. Was aber betreffend Kantonsstrasse zu sagen ist: es geht darum, es ist ein Zubringer. Ein Zubringer für grosse und kleine Quartiere des ganzen Horwer Territoriums. Mehr Sicherheit mit Fussgängerstreifen statt Lotsen, das ist die richtige Richtung. Wir sind aber auch für ein Vorwärtskommen im Dorfkern und dafür, dass es für das Gewerbe und die Anwohner gut erschlossen ist. Und in dem Grundsatz - wenn es darum geht Fussgängerstreifen zu machen - da sind wir dabei. Das ist gut. Aber wenn es darum geht, eine Blockade an der Kantonsstrasse, die wie gesagt ein Zubringer ist für weite Teile von Horw - dann finden wir das nicht gut. Nicht gut für die Anwohner, nicht gut für das Gewerbe und auch nicht sinnvoll für die Bevölkerung. Darum lehnen wir das Postulat ab.

Reto Eberhard (SVP)

Herr Eberhard hat sein Postulat, das vor knapp einem Jahr eingereicht worden ist, angesprochen. Er schreibt dort: die «sehr stark frequentierte Kantonsstrasse in Horw [...], die von Grund auf schon unübersichtlich ist» und weiter «Die besorgten Eltern der noch unsicheren Kindergartenkinder, die die Strasse queren müssen, haben vermehrt gefährliche, grenzwertige Verkehrssituationen beobachtet. Auch bei den Fahrzeuglenkern ist eine Unsicherheit beobachtbar.» Da erstaunt es mich jetzt, dass man auf der anderen Seite ein Jahr später sagt, dass das eine wichtige Durchgangsstrasse ist, wenn sie doch im Postulat als unsicher und unübersichtlich dargestellt worden ist. Und ich frage mich, warum wehren Sie sich eigentlich so gegen eine 20-Zone? Sie wollen doch Fussgängerstreifen. Auch bei Fussgängerstreifen hätten Fussgänger den Vortritt. Stellen Sie sich einfach vor, dass die Fussgängerstreifen in grösseren Abschnitten sind als nur 2.50 Meter breit, dann sind wir nämlich schon wieder am selben Ort.

Philipp Peter (L20)

Und zur wichtigen Zufahrtsstrasse. Die Kantonsstrasse in Horw hat nicht die Funktion einer Durchgangsstrasse und ich zitiere Thomas Zemp vom 4. Februar 2021: «Wir sollten schauen, dass der Verkehr nicht durch Horw geht. Die Kantonsstrasse hat eine andere Funktion.»

Es war tatsächlich mal ein politischer Kompromiss Tempo 30 zu machen, obwohl die ganze Strasse als Tempo 20 geplant ist. Also das ganze Konzept dieser Strasse ist Tempo 20. Darum gibt es auch eine gewisse Schwierigkeit und Konflikte im Betrieb dieser Strasse. Aber grundsätzlich ist diese Strasse nicht ein politischer Kompromiss, sondern sie ist die Auflage des Umbaus oder der Erneuerung der Autobahn. Als Begleitmassnahme oder Ergänzungsmassnahme im Zusammenhang mit einer Einsprache hat man das vereinbart, dass man die Verkehrsberuhigung in Horw durchführen muss und

Urs Steiger (L20)

die Strasse in Horw in dem Sinn eben eine andere Funktion erhält. Nicht mehr Durchgangsstrasse ist, sondern eine Hauptverkehrsachse, wie es gesagt worden ist, ist eben nicht mehr die Strasse, sondern die Ringstrasse plus die Autobahn. Man hat auf der Autobahn extra eine dritte Spur in beide Richtungen, als sogenannte Regionalspur ausgebildet, wie das sonst nicht üblich ist. Die soll der Zubringer sein aus der Region Luzern für die verschiedenen Zubringer Zentrum, Nord und Süd. Selten hat ein Ort so viele Zubringer wie Horw in der neuen Situation. Das sind Zubringer und eben nicht die Kantonsstrasse.

In dem Zusammenhang ist nachher auch das Planungsziel festgelegt worden, grob gesagt eine Halbierung und das ist nachher auf 5'000 Fahrzeuge festgelegt worden. Dort sind wir ganz weit davon entfernt. Es braucht also Massnahmen, um die Ziele einigermassen einzuhalten. Ob man dies überhaupt erreicht, ist eine andere Frage, aber sich zumindest darum bemühen.

Dann ist immer das Gewerbe erwähnt worden. Wir haben Gespräche geführt mit dem Gewerbe, mit Detaillisten, mit Gastroleuten. Die sind jetzt nicht einfach nur entsprechend dem Gewerbeverein, sondern dort haben wir ganz klare Aussagen, dass sie wünschten, dass der Verkehr besser beruhigt und die Aufenthaltsqualität bei der Kantonsstrasse und im Umfeld der Kantonsstrasse verbessert ist. Das ist ein Gewinn für sie, weil sich die Leute wohler fühlen, dass man auch draussen in den Beizen sitzen kann. Gerade auch wenn der Stossverkehr vorbei ist, die Leute eben immer noch ruhig durchfahren und nicht durchrasen. Wir wissen auch, dass Tempo 30 in den Nachstauzeiten nicht eingehalten wird, sondern wesentlich schneller gefahren wird. Da hat auch Herr Zemp die entsprechenden Zahlen. In dem Sinn braucht es nochmals ein Überdenken, auch ein Reduzieren des Temporegimes. Ich bitte Sie, das Postulat zu überweisen.

Herr Peter, ich bin sehr erstaunt. Sie sagen, ich habe am 13. Februar 2020 ein Postulat für eine bessere Übersicht und Sicherheit auf der Kantonsstrasse eingereicht. Richtig. Aber darf ich Sie daran erinnern, dass es vor allem die L20 war, die das Postulat für Sicherheit und für Fussgängerstreifen abgelehnt hat? Und jetzt kommt ihr mit den gleichen Argumenten für eine Begegnungszone, die ihr umsetzen wollt. Aber Fussgängerstreifen habt ihr dannzumal nicht gewollt. Das ist abgelehnt worden und das irritiert mich jetzt schon. Nebst dem ist auch noch der Bus, der durchfährt. Gerade für einen ÖV-Betrieb ist ein Vorwärtskommen wichtig; der ist gut beraten, wenn er effizient von A nach B fahren kann, weil nur so die Leute den ÖV auch benutzen. In dem Sinn lehnen wir das Postulat ab.

Reto Eberhard (SVP)

Ich erlaube mir als Vertreter des Gewerbevereins ein paar Bemerkungen. Aus Sicht des im Dorfzentrum an der Kantonsstrasse angesiedelten Gewerbes wird die aktuelle Situation als hervorragend wahrgenommen. Die gute Erreichbarkeit und die Parkierungsmöglichkeiten werden von den Kunden sehr geschätzt, die Horwer Detaillisten werden in vielen Fällen auch wegen der hervorragenden Erreichbarkeit und Parkierungsmöglichkeit in unmittelbarer Nähe der Geschäfte berücksichtigt. Kunden, welche die Geschäfte zu Fuss oder mit dem Velo erreichen, äussern gegenüber den Detaillisten keine Probleme mit den aktuellen Verhältnissen. Im Gegenteil, die z.T. gedeckten Passagen und der für die Velos benützbare Gehweg auf der Seite des Kirchmättli werden als sehr attraktiv wahrgenommen. Die Horwer Detaillisten schätzen sehr, dass ihre Geschäfte einfach zu Fuss, mit dem Velo und mit dem Auto erreichbar sind.

Toni Portmann (CVP)

Deshalb wird von keinem der von uns befragten Detaillisten eine Anpassung der jetzigen Situation gefordert oder gewünscht. Man muss aufpassen, dass man den Horwer Detaillisten und angesiedelten Geschäften mit einer Idealvorstellung zur Beruhigung der Kantonsstrasse (mit Bildern einer belebten Flaniermeile mit spielenden Kindern und Strassencafés) nicht etwas vorgegaukelt. Fakt ist, dass die Kantonsstrasse eine bewährte Lösung darstellt und eine Änderung der jetzigen Situation zahlreiche Geschäfte

massiv einschränken und schädigen würde. Es müsste sogar mit dem Wegzug von heute attraktiven Geschäften gerechnet werden, wenn weniger (auch potenzielle) Kundenschaft die Möglichkeit hätte, mit dem Auto das Horwer Dorfzentrum zu erreichen und mit dem Auto zu befahren. Es stellt sich deshalb aus Sicht der Horwer Gewerbler die Frage, warum der Postulant Massnahmen zur Prüfung verlangt, welche ein Fernhalten des Verkehrs verlangt.

Die Aussage im Postulat, wonach die Fahrzeuge zu Stosszeiten einen Keil durch das Siedlungsgebiet treiben und Fussgänger oft verzweifelt am Strassenrand stehen, ist nicht nur komplett überzogen, sondern einfach falsch. Als häufiger Besucher des Horwer Dorfs an der Kantonsstrasse habe ich noch nie eine solche Situation erlebt und es wird von den befragten Detaillisten auch nicht so wahrgenommen. Mögliche Ausnahmen, wo jemand etwas länger warten muss, bestätigen die Regel.

Zusammenfassend appelliere ich an alle Anwesenden, die Stimmen des Horwer Gewerbes ernst zu nehmen und deshalb auf die Überweisung des Postulats zu verzichten.

Auch die FDP ist dezidiert dagegen, schon wieder eine Umgestaltung der Kantonsstrasse vorzunehmen. Es muss nicht etwas verändert werden, was aus unserer Sicht funktioniert, wie wir es auch von Herrn Portmann erläutert bekommen haben. Es gibt in der Region praktisch keine Gemeinde, wo man auf einer solchen Länge Tempo 30 eingeführt hat und so eine gelungene Zentrumstrasse mit gut zugänglichem Gewerbe und so viel Aufenthalts- und Parkiermöglichkeiten hat. Tempo 30 ist ein guter Kompromiss, der alle Anliegen abdeckt. Übrigens auch die Bedürfnisse des öffentlichen Verkehrs, der mit Tempo 20 nicht mehr gleich gut funktionieren würde. Es gibt für uns keinen valablen Grund für eine Veränderung der Kantonsstrasse. Aufenthaltsqualität, Einkaufsmöglichkeit, Begegnungsraum, das ist alles möglich. Natürlich nicht auf der Strasse. Die dient dazu, den Verkehr abzuführen und das funktioniert in der Regel gut.

Jürg Biese (FDP)

Die Aussage, dass die Situation unbefriedigend ist, können wir nicht nachvollziehen. Wie gesagt, es hat neben der Strasse genügend Platz und Raum. Man kann die Strasse auch gut queren. Übrigens, wenn die Autos stehen, weil es eine Überlastung gibt, kann man sie erst recht besser queren. Was die Schulkinder und Lotsen angeht, sollte man vielleicht mal bei den Erziehungsberechtigten nachfassen. Wenn man sieht, wie die Kinder am Mittag oder am Abend sorglos die Schulhausstrasse oder die Zumhofstrasse - also nicht die Kantonsstrasse - zwischen den Fussgängern queren, um zu den Autos der wartenden Mütter, Väter oder Grosseltern zu gelangen, dann herrscht dort viel mehr Handlungsbedarf. Eine Attraktivierung der Ringstrasse ist für uns zu begrüssen, damit man den Verkehr von der Kantonsstrasse wegbringt, aber sicher nicht eine Einführung von Tempo 20 auf der Kantonsstrasse.

Ich kann nachvollziehen, dass es schwierig gewesen ist, bei den Gewerblern die Fragen so zu stellen, dass man nicht Suggestivfragen stellt. Uns ist das sehr gut gelungen, weil wir haben nicht vorgespült, dass man nachher auf der Kantonsstrasse tanzt, sondern wir haben einfach auf das Postulat verwiesen und gefragt, was das für sie bedeuten würde und wie sie die aktuelle Situation einschätzen. Wir haben aus unserer Sicht repräsentative Stichproben genommen von Dienstleistern von Verkauf und von Gastro, die am entsprechenden Abschnitt auch ihre Lokale betreiben und haben nicht alle vom Gewerbeverein gefragt, die gar nicht tangiert sind vom Ganzen. Erstaunlicherweise haben wir ein ganz anderes Echo erhalten, nämlich dass man grundsätzlich zufrieden ist, dass man dort parkieren kann, das bestreitet niemand. Dass der Zugang gewährleistet ist, das bestreitet auch niemand und an dem wollen wir auch null komma null ändern. Es haben uns aber alle gesagt, dass eine Verlangsamung und Beruhigung des Verkehrs dazu führen würde, dass die Leute beispielsweise auch vermehrt die Auslagen betrachten würden, die Werbung wahrnehmen könnten und allenfalls auch einfach mal

Philipp Peter (L20)

anhalten, parkieren und dann ein Geschäft aufsuchen könnten. Das zum Gewerbe.

Und zu dem, was wir vorhin gehört haben, ist es halt so: ich möchte gerne die gefühlte Wahrnehmung wieder stärker trennen von den Fakten, die auf dem Tisch liegen. Auch ich bin schon sehr gut über die Strasse gekommen und trotzdem liegen uns Zahlen und Fakten vor, die uns zu denken geben müssen. Die Verkehrszahlen auf diesem Abschnitt sind nach wie vor einfach zu hoch. Sicherheitsstandards von BfU sind verletzt, die Evaluationen reden eindeutige Ergebnisse, kantonale Rechtsentscheide liegen vor, die aussagen, dass die Situation geändert werden muss. Sicherheitsgutachten die sagen, dass die Lotsen zwar ein erster Schritt sind, aber leider nicht zureichende Massnahmen bei dem Verkehr, den wir haben. Wir haben Befragungen, wir haben Planungsexperten und und und. Ich frage Sie, was braucht es denn sonst noch alles? Aber Gott sei Dank haben wir heute die Möglichkeit, einen Schritt zu machen und für die Horwer Bevölkerung einen Mehrwert zu schaffen und für mehr Sicherheit zu sorgen.

Ich schicke voraus, ich rede als Mitglied des Rates und nicht im Namen der Fraktion. Als eher neueres Mitglied im Rat sehe ich nicht alles so dramatisch wie einige meiner Vorredner. Horw hat mit der Umgestaltung der Kantonsstrasse vor gut 15 Jahren durchaus einen visionären Weg beschritten und war fortschrittlich. Im Grossen und Ganzen finde ich das Konzept, z.B. mit dem Mittelparkplätzen, durchaus gut.

Pius Barmet (CVP)

Allerdings gibt es aus meiner Sicht zwei Punkte, welche heute nach 15 Jahren neu beurteilt werden müssen:

- Die Sicherheitsgefühl für Fussgänger und Velofahrer war nie besonders hoch und hat sich auch in den vergangenen Jahren nicht verbessert. Davon zeugt, dass mittlerweile Lotsen eingesetzt werden müssen, um die sichere Querung für Primarschüler sicher zu stellen.
- Die gesellschaftlichen Ansprüche haben sich verändert. Der Fuss- und Veloverkehr hat an Bedeutung gewonnen. Das Miteinander zwischen den Verkehrsträgern hat sich verändert.

Aus meiner Sicht gibt es durchaus Verbesserungspotential. Der Gemeinderat hat es mittlerweile erwähnt, ich sehe z.B. eine Begegnungszone mit Tempo 20, zumindest abschnittsweise, durchaus als eine prüfungswerte Option.

Es geht nicht darum, die Erreichbarkeit des Zentrums einzuschränken, sondern durch weniger Durchgangsverkehr eher zu verbessern. Es sollen auch weiterhin Parkplätze für Besucher im Zentrum zur Verfügung stehen. Aber es gibt doch Möglichkeiten, die Lebensqualität und die Aufenthaltsqualität für Horwer und Besucher entlang einer belebten Kantonsstrasse zu verbessern. Das Postulat hat primär nicht Einschränkungen zum Ziel, sondern das Ziel ist doch, eine lebendige durchmischte Begegnungszone zu schaffen. Ich finde, nach 15 Jahren kann Horw durchaus wieder eine Vorreiterrolle einnehmen und sich für die anstehenden Veränderungen bereit machen. Deshalb würde ich eine Überweisung des Postulates durch den Rat beliebt machen.

Ich staune schon ein wenig über die Wortwahl des Postulanten. Mit «offene Rechnung», dünkt mich schon sehr befremdend und eine Schwarzmalerei ist das Ganze auch. Man muss wirklich sehen, die Kantonsstrasse hat seit 2004 sehr gewonnen. Man hört dies von allen Leuten, von allen Seiten. Dass man ein wenig aufeinander Rücksicht nehmen muss, finde ich auch richtig, und zwar miteinander und nicht nur alles in eine Richtung und dann noch eine Begegnungszone. Wie auch schon genannt worden ist, man macht viel auch um das Schulhaus Zentrum mit dem Marktplatz. Dort hat man Begegnungszonen, also man hat schon viel gemacht und das ist von mir aus gesehen nicht unbedingt an der Kantonsstrasse gefragt.

Urs Rölli (FDP)

Man muss auch sehen, unterdessen - seit die Strasse im 2004 umgebaut worden ist - gibt es immerhin vier neue Café/Restaurants mit Terrassenplätzen an der Strasse und das ist durchaus gemütlich. Ich finde das gelungen. Ich finde das auch gut, dass man beim «La Grotta» auf zwei Parkplätzen im Sommer verzichtet und dem Restaurant die Gelegenheit gibt, dort die Plätze zu positionieren. Die Läden profitieren wirklich von der Infrastruktur, das höre ich immer wieder von sämtlichen Ladenbesitzern. Dazu kommt, Zone 20 ist für die VBL ein grosses Hindernis. Die ist gar nicht Freund von einer Zone 20, von einer Begegnungszone. Das ist für den öffentlichen Verkehr eigentlich eher Gift. Aus dem Grund bitte ich Sie, das Postulat abzulehnen.

Es ist jetzt 18 Uhr, d.h. ich würde hier eine Pause einleiten. Nach dem Nachtessen fahren wir weiter. Ich bitte aber in der weiteren Diskussion wirklich nur noch neue Argumente vorzubringen, dass wir dann bald auch zur Abstimmung gelangen können.

Ivan Studer (CVP)

## 7. Fragestunde

Gerne möchte ich noch zwei Aspekte darlegen. Zum einen die Thematik der Navis und zum anderen den Unterschied der Sicherheit bei Tempo 20 und 30. Dort wo ein Auto mit Tempo 20 zum Stillstand kommt, fährt ein Auto mit Tempo 30 immer noch fast ungebremst mit hoher Geschwindigkeit weiter. Der Anhalteweg bei Tempo 20 ist bei einer trockenen Fahrbahn 14 m, bei Tempo 30 sind es 21 m, das sind ganze 7 m mehr. Für die Aufprallenergie bedeutet dies folgendes: Bei Tempo 20 ist der Aufprall von einem Auto und einem Fussgänger vergleichbar mit dem Sprung aus 1.6 m Höhe. Bei Tempo 30 ist es vergleichbar mit einem Sprung aus 3.5 m, was wiederum ca. vergleichbar ist mit einem Sprung aus dem 2. Stock eines Hauses.

Noel Schemm (L20)

Jetzt noch zu der Thematik Navi. Ausgehend von der Wegscheide mit dem Ziel Autobahneinfahrt gibt das Navi heutzutage zwei Routen an. Einerseits über die Kantonsstrasse - also Kantonsstrasse durch Horw - und andererseits über die Ringstrasse. Die zwei Routen gehen genau gleich lang. Beide haben vier Minuten. Das führt natürlich dazu, dass Ortskundige und neue Pendler meistens die Strecke durch unser Zentrum wählen. Die Berechnung kommt aber nur zustande, weil das Navigationssystem mit Tempo 30 im Zentrum rechnet. Mit einer tieferen Geschwindigkeit würde sich das ändern. Man würde automatisch Richtung Allmend gehen und so nicht mehr das Zentrum wählen.

Eine spannende, angeregte Diskussion. Seitens Gemeinderats möchte ich einfach noch beifügen: Tempo 20 wird natürlich nicht alle Probleme einfach so lösen und es schafft dann vielleicht auch neue Probleme. Es ist ein Lösungsansatz aber wir müssen uns schon bewusst sein, dass die Lotsen nicht einfach weggehen werden mit Tempo 20, weil es wohl nicht vorgesehen ist, auf der ganzen Strecke Tempo 20 zu machen. Heute haben wir die Lotsen am Eingang und am Ausgang der fraglichen Zone und in der Mitte. Ich bezweifle, ob ein 4jähriges Kind tatsächlich selber über die Strasse gehen kann.

Thomas Zemp (CVP)

Ein anderer Punkt ist, dass Tempo 20 dann auch für Velofahren gelten müsste und das wird natürlich ein neues Konfliktpotential schaffen. Wir geben den Fussgängern den Vortritt - die Erfahrung hat man ja auf der Bahnhofstrasse in Luzern - und nachher kommen die schnellen Velos. Es ist davon auszugehen, dass das schon eine bevorzugte Route ist durch das Dorf und das würde - gehe ich davon aus - zu neuen Konflikten führen. Das muss man sich schon bewusst sein. Vielleicht gibt es ja dann irgendeinmal eine dritte Lösung mit einem Roadpricing oder so, wo man tatsächlich den unnötigen Durchgangsverkehr über das Portemonnaie steuern könnte. Aber auch das hat natürlich Vor- und Nachteile und ist mehr oder weniger gewünscht gerade von Seite Gewerbe. Die haben ja eigentlich Freude daran, wenn Leute vorbeifahren und noch mehr Freude bereitet ihnen, wenn diese anhalten und etwas konsumieren oder kaufen.

Ich möchte auf ein Argument, das vom Postulanten erwähnt worden ist, Stellung nehmen. Sie haben gesagt, Herr Peter, es sei peinlich, dass man an der Kantonsstrasse Querungshilfen habe einsetzen müssen. Das kann man so interpretieren. Ich möchte darauf hinweisen, dass man die Querungshilfen auf Verlangen von besorgten Eltern eingesetzt hat. Ich muss Ihnen aber sagen, auch wenn man auf der ganzen Kantonsstrasse eine 20-Zone - eine Begegnungszone - einführen würde, würde das die Querungshilfen nicht ausschliessen. Wir haben eine Querungshilfe beim Kreisel Merkur, und wir haben eine beim Kreisel Wegscheide. Und die Querungshilfen werden ganz genau gleich notwendig, ob man dort Tempo 30 oder Tempo 20 fährt.

Da liegt offensichtlich ein Missverständnis vor. Ich habe nicht gesagt es sei peinlich, dass man Lotsen einsetzen musste, sondern dass uns der Kanton erst auf unser gemeindeeigenes Problem aufmerksam machen musste, obwohl wir das auch selber hätten merken können, dass es dort für 4jährige Kinder unzumutbar ist zu queren. Dass man die Lotsen weiterhin beschäftigen muss, ist auch klar. Und ich glaube, Herrn Burkard und Herrn Zemp, die vorher und neu für die Sicherheit der Schulwege zuständig sind, ist das BfU-Massnahmepaket Schulweg zu Fuss bestens bekannt. Dort ist das Ganze bei Tempo 30 bei den aktuellen Durchfahrtszahlen auch mit Lotsen als kritisch beurteilt, d.h. es bräuchte zusätzliche Massnahmen. Wir haben in dem Gutachten, das vom Kanton im Auftrag des BKD gemacht worden ist, dass grössere bauliche Massnahmen oder das Ändern vom ganzen Temporegime notwendig wären, damit man mindestens in einen akzeptablen Bereich käme. Also das mit den Lotsen ist ein erster Schritt und selbstverständlich müssen wir den auch weiterhin beibehalten. Im Gesamtpaket bewegen wir uns aber nicht mehr in einem roten, sondern in einem gelben Bereich.

Ich möchte noch sagen, es liegt nicht alles nur an der Gemeinde Horw. Die Gemeinde Horw kann nicht alles so umsetzen, wie sie es vielleicht gerne möchte, weil seitdem die Strasse gebaut worden ist hat man gedacht, es gibt eine Umfahrungsstrasse, die via McDonalds, Amag, dort hindurch geht und die hat es tatsächlich gegeben. Seither hat es aber drei, vier, fünf Blinkanlagen, was natürlich genau verhindert, dass die Leute dort durchfahren, sondern eben durchs Dorf. Und dort kann die Gemeinde relativ wenig machen. Dasselbe ist mit den Fussgängerstreifen. Bei Tempo 30 will der Kanton keine Fussgängerstreifen erlauben, weil dort müsste der Autofahrer anhalten, damit ein Fussgänger queren könnte. Da wir aber Tempo 30 ohne Fussgängerstreifen haben, kann der Autofahrer einfach durchfahren. Und mit Tempo 20 - das ist jetzt keine neue Erkenntnis - müsste der Bus bei jedem Fussgänger anhalten und käme sehr wahrscheinlich kaum termingerech an sein Ziel.

**Abstimmung:**  
**Die Überweisung des Postulats Nr. 2021-724 wird mit 13:16 Stimmen abgelehnt.**

Ruedi Burkard (FDP)

Philipp Peter (L20)

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Ivan Studer (CVP)

## 6. Postulat Nr. 2021-725 von Stefan Maissen, FDP, und Mitunterzeichnenden: Erreichbarkeit Verkehrsdrehscheibe Bahnhof Luzern für die Horwer Bevölkerung

Es tut mir leid, es geht wieder um Verkehr - aber wenigsten führt dieser Verkehr nicht durch das Dorfzentrum, sondern in Richtung Luzern. Am 1. Februar 2021 hat die Stadt Luzern die Ergebnisse einer Testplanung für das «Bahnhofsviertel Luzern» vorgestellt. Drei Planungsteams hatten die Aufgabe, das Potenzial rund um den Bahnhof Luzern zu analysieren, mögliche Entwicklungsziele zu formulieren und Vorschläge zu erarbeiten.

Stefan Maissen (FDP)

Das Resultat hat wohl nicht nur mich, sondern auch den Kanton Luzern etwas überrascht. Der Fokus ist auf dem Thema Quartierentwicklung und Freiraumgestaltung gelegen. Dies tönt auf den ersten Blick natürlich gut, wird aber der Rolle des Bahnhofs Luzern für die Agglomeration nicht gerecht. Die Gefahr besteht, dass zu Beginn des Planungsprozesses die Weichen falsch gestellt werden.

Natürlich sind Visionen immer gut, sie sollen aber nicht den Blick auf das Wesentliche verdecken. Das Wesentliche in diesem Fall ist die Verkehrsdrehscheibe, welche mit dem neuen Tiefbahnhof noch ausgebaut wird. Und den neuen Tiefbahnhof erreicht man nicht nur mit der S-Bahn, sondern eben auch auf der Strasse. Sie wissen wahrscheinlich, 70% des öffentlichen Verkehrs finden im Kanton Luzern auf der Strasse statt. Ich denke hier etwa an die Buslinien 20, 21 und 14, aber auch die Nummer 7 ab Biregg. Auch für die Velofahrer werden die Wege zum Bahnhof Luzern und die Parkiermöglichkeiten immer wichtiger. Ebenso sind der Privatverkehr oder das Taxigewerbe auf gute Erreichbarkeit angewiesen (z.B. Bring- und Holdienst).

Die Horwer Bevölkerung ist auf einen guten und effizienten Zugang zum Bahnhof Luzern angewiesen. Wir bitten deshalb den Gemeinderat, sich beim Kanton Luzern wie folgt einzusetzen:

Das Projekt Bahnhofplatz Luzern ist unter Würdigung seiner verkehrlichen Bedeutung für den Grossraum Luzern respektive die Agglomeration Luzern zu planen.

Die Erreichbarkeit für strassengebundenen ÖV von/nach Horw sowie maximal effiziente Umsteigemöglichkeiten sind in der Neugestaltung des Bahnhofplatzes Luzern zu berücksichtigen.

Ich danke dem Gemeinderat für die Prüfung und Entgegennahme des Postulats.

Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Thomas Zemp (CVP)

Verlangen Sie Diskussion, Herr Steiger?

Ivan Studer (CVP)

Ja.

Urs Steiger (L20)

### Abstimmung Diskussion:

**Der Diskussion wird mit 16:7 Stimmen, bei 6 Enthaltungen, stattgegeben.**

Ivan Studer (CVP)

Ich will einfach verhindern, dass es wieder heisst, man habe nichts gesagt und darum habe ich Diskussion beantragt. Einerseits muss man festhalten, das was passiert ist, war kein Wettbewerb, sondern eine Testplanung. Das ist ein wesentlicher Unterschied, weil dort geht es darum, dass man gewisse Fragestellungen ausarbeitet und schaut, wo die Probleme liegen und das ist nicht in dem Sinn ein Projekt, das man nachher

Urs Steiger (L20)

weiterverfolgt, sondern da geht es um gewisse Fragestellungen. Von dort her werden in den nächsten 10 Jahren die Fragen rund um den Durchgangsbahnhof geplant werden. Ich gehe in vielem einig, was im Postulat steht, insbesondere zum öffentlichen Verkehr und zum Veloverkehr, möchte aber einfach erwähnen, wir sind - bis der Durchgangsbahnhof steht - in einer anderen Zeit. In 20 Jahren wird das stattfinden. Im Zusammenhang mit der Energiewende werden wir andere Fragestellungen haben und darum möchte ich bitten, dass man sich jetzt nicht darauf fokussiert, es müsse jetzt jeder Horwer an den Bahnhof Luzern fahren. Wir haben inzwischen eine ausgebaute S-Bahn, die demnächst noch höhere Frequenzen hat. Also wenn wir von der Verkehrsdrehscheibe vom Bahnhof Luzern sprechen, dann müssen wir auch die Vorstellung haben, das ist ein Hub, wo man eben von einer Durchgangslinie umsteigt auf die S-Bahn und wenn man dann jemanden abholen will, dann geht man in den Mattenhof oder nach Horw. Ich denke, das muss man mitdenken.

Ich möchte dem Gemeinderat mitgeben, dass er sich jetzt nicht einfach auf das fokussiert, dass alle nach Luzern müssen fahren können. Auch der ÖV kann anders aussehen. Es ist zu hoffen, dass wir endlich mal die Fragestellung, dass alle Buslinien ins Zentrum fahren, angeht in der Agglomeration. In dem Sinn ist damit zu rechnen, dass wir in 20 Jahren dort auch ein anderes Konzept haben. Dass sich der Gemeinderat in die Diskussion eingibt ist andererseits richtig, auch wenn er in der Vergangenheit bei verschiedenen anderen Fragestellungen gefunden hat, was ausserhalb der Gemeindegrenze ist, da mischt man sich nicht ein. Ich denke z.B. ans Freigleis oder an andere Fragen. Das ist ja auch da erwähnt worden. Aber mit einer gewissen Offenheit, was auch die Verkehrsentwicklung anbetrifft, und da verspreche ich mir von der kantonalen Studie, die jetzt aufgegleist wird, ein entsprechendes Handeln oder eine entsprechende Planung, die zukunftsweisend ist.

Ich denke, die Haltungen sind nicht so weit auseinander zwischen Herrn Steiger und mir. Es geht nicht darum, dass man etwas für die nächsten 20 Jahre zementieren würde - das ist auch nicht die Meinung des Postulats - aber ich zitiere jetzt Herrn Steiger: «Ich will nicht, dass man später sagt, man habe nichts gesagt.» Das ist genau der Punkt. Man muss jetzt, zu Beginn der Planung, eingreifen und sagen, da ist nicht nur eine Quartierentwicklung um den Bahnhof wichtig - das hat auch seine Berechtigung - aber schlussendlich ist der Tiefbahnhof Luzern die Verkehrsdrehscheibe der Zentralschweiz und für uns alle enorm wichtig und das ist der Grund des Postulats.

Stefan Maissen (FDP)

Ich kann Sie beruhigen. Wir werden dies differenziert umsetzen, genauso differenziert wie auch die Testplanung nicht einfach nur eine Quartierstudie ist. Es hat viele Zielsetzungen, die wir finden es ist schön, wenn man die erreichen kann. So haben wir auch unsere Stellungnahme abgegeben, aber es ist noch schwierig sich vorzustellen, dass die so erreichbar sind. Dann gibt es auch Detailfragen wie es spricht nichts dagegen, dass man vielleicht mehrere Andockingstellen hat an den Bahnhof vom ÖV her. Aber da muss man schon im Auge behalten, dass eben auch der Umsteigeverkehr beispielsweise nicht nachteilig ist, wenn man von Horw zum Beispiel nach Meggen will. Das muss man alles im Auge behalten. Wir haben diesbezüglich natürlich schon eine differenzierte Stellungnahme abgegeben zur Testplanung und wir bleiben auch in Kontakt mit dem Kanton und werden uns dazu in differenzierter Form äussern.

Thomas Zemp (CVP)

## **8. Postulat Nr. 2021-726 von Noel Schemm, L20, und Mitunterzeichnenden: Lärm im Grämliswald**

Ende März 2021 ist das Postulat Lärm Grämliswald mit Unterschriften von allen Fraktionen des Einwohnerrats an den Gemeinderat eingereicht worden. Ich möchte mich beim Gemeinderat für die schnelle Bearbeitung des Anliegens bedanken.

Noel Schemm (L20)

Wie bereits im Vorstoss beschrieben, verursacht die Trinkwasseraufbereitungsanlage (TWA) im Grämliswald rund um die Uhr beim Ablass von Druckluft beträchtliche Lärmemissionen. Dieses Geräusch stört die Menschen, welche den Wald als Naherholungsgebiet nutzen und ist sicher auch für die vielen Kinder, welche im Grämliswald die Waldspielgruppe besuchen, nicht sehr angenehm. Nicht zu vergessen sind auch die Tiere z.B. Vögel oder Jungtiere, welche durch dieses Geräusch in ihrer Ruhe gestört sind, ganz besonders in der Nacht.

Als Vorbild sollte die Gemeinde alles unternehmen, um ihre Industrieanlage mitten im Wald so zu gestalten, dass sie für niemanden störend ist. In dem Sinne hoffe ich auf die wohlwollende Entgegennahme des Postulates und dass im Grämliswald bald wieder mehr Ruhe einkehren wird.

Der Gemeinderat nimmt das Postulat selbstverständlich entgegen. Das ist eine ungewollte Situation und unbefriedigend, dass es noch nicht gelöst ist. In Auftrag gegeben haben wir schon länger, dass dort eine Schalldämpfungsanlage eingebaut wird, aber ich denke, es müsste jetzt schon endlich gelöst werden.

Thomas Zemp (CVP)

## **9. Interpellation Nr. 2021-722 von Toni Portmann, CVP, und Mitunterzeichnenden: Schulgänzende Betreuung: Mittagstisch**

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 22. April 2021 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Ivan Studer (CVP)

Danke für Beantwortung der Interpellation. Es wird Diskussion verlangt.

Toni Portmann (CVP)

Ich stelle fest, dass Handlungsbedarf bei diversen Themen im Zusammenhang mit der Organisation des Mittagstisch-Angebots besteht. Aus der Beantwortung geht nicht hervor, in welche Richtung die grundsätzlichen Überlegungen zielen. Wie ist die Strategie bezüglich Lösung der erkannten Probleme resp. was sind die nächsten Schritte?

Bei folgenden Antworten bitte ich deshalb um Konkretisierung:

Zu Antwort auf Frage 4 ob Essen zentral oder dezentral zubereitet werden.

- Welche Überlegungen stehen im Raum zentral für alle Einheiten zu kochen?
- Soll selber gekocht werden oder ist ein Lieferdienst vorgesehen?

Zu Antwort auf Frage 5 ob Infrastruktur adäquat ist.

- Sind Massnahmen geplant bezüglich Anpassung der Kücheninfrastruktur?
- Existiert diesbezüglich ein Massnahmeplan?

Zu Antwort auf Frage 6 ob es Lücken im Angebot gibt.

- Welche Entlastungsmöglichkeiten sind angedacht respektive geplant?

Zu Antwort auf Frage 7 ob ein Ausbau des Angebots geplant ist.

- Welche konkreten Lösungsvorschläge sind für Spitz und Kastanienbaum angedacht?
- Wie ist das weitere Vorgehen? Existiert ein Massnahmeplan?

In welche Richtung gehen die grundsätzlichen Überlegungen? Wie ist die Strategie respektive was sind die nächsten Schritte?

Zu Frage 4: Ob wir zentral kochen oder nicht. Das ist aktuell erst in den ersten Anfängen von Überlegungen. Es zeigt sich aber ganz klar, dass das irgendeinmal definiert werden muss und dann hat man schon diskutiert, ob man Horwer Restaurants beiziehen möchte, schauen ob sie Interesse haben. Gleichzeitig ist auch das Thema - wie man es in Kriens gesehen hat - dass man es ausschreiben muss, weil es ziemlich gross ist. Das ist noch überhaupt nicht definiert, aber da sind wir am Schauen, wie es weitergehen soll.

Claudia Rösli Schuler  
(L20)

Zu Frage 5: Das Schulhaus Kastanienbaum hat man ja umgebaut, die Küche aber eigentlich nicht wirklich. Das ist ein Problem. Dort können wir aktuell ausweichen in den Pfarreisaal der Kirche. Und der Saal Egli ist jetzt schon ein Puffer. Dort muss man einfach schauen, dass nicht zu viele Kinder anwesend sind, dann funktioniert es. Wir sind aktuell auf der Suche nach einem grösseren Raum, dass man den Saal Egli wieder freigeben kann. Dort kommt hinzu, dass wenn mal der Neubau Schulhaus Allmend steht, dann hat man wieder mehr Platz im alten Bereich des Schulhauses und dadurch gibt es auch wieder mehr Platz für Mittagstisch.

Zu Frage 6: Die Entlastungsmöglichkeiten muss man grundsätzlich anschauen. Will man den Mittagstisch zentral oder extern kochen lassen oder will man ein Catering usw.? Da sind wir an den Anfängen, da haben wir noch gar nichts Konkretes.

Zu Frage 7: Spitz und Kastanienbaum ist wirklich ein Thema. Im Kastanienbaum, habe ich gesagt, weichen wir aus mit der Kirchgemeinde. Wir können dort den Pfarreisaal benützen. Im Spitz oben ist es so, dass es im Steinmatti aktuell von der katholischen Kirchgemeinde Platz hat, den wir für den Mittagstisch benützen können. Im Spitz oben hat es am meisten Kinder und dort haben wir ganz klar Engpässe. Wir müssen immer schauen, dass man die Aula im Spitz benützen kann. Wir sind immer wieder am Jonglieren und je nachdem wie viele Anmeldungen man jährlich hat, muss man wieder neu schauen mit den Schulen.

Ich hoffe, Ihnen reichen die Antworten.

Ich habe noch eine ergänzende Frage zur Beantwortung der Frage 8, und zwar heisst es da, dass man sich nur einmal anmelden kann, anfangs Schuljahr. Wie wird das befolgt? Kommen auch alle, die sich angemeldet haben? Weiter unten steht, dass Handlungsbedarf besteht, dass Anpassungen der Richtlinien vorgenommen werden müssen. Wann werden die gemacht? Ist das schon angedacht oder wann ist das vorgesehen?

Ruth Strässle-Eris-  
mann (FDP)

Es ist so, offiziell kann man sich im Juni anmelden und dann hat man den Platz garantiert. Es gibt immer wieder Eltern, die das nicht einhalten und im Nachhinein oder wenn die Schule wieder beginnt feststellen, dass sie noch etwas haben müssten. Dann gibt es manchmal Feuerwehrrübungen und manchmal können wir auch keine Feuerwehrrübung mehr machen, weil wir wirklich ausgebucht sind. Man schaut, dass man zusammen möglichst einen Nenner finden kann.

Claudia Rösli Schuler  
(L20)

Bei den Anpassungen der Richtlinien ist man daran, sicher aber im 2022 werden wir dies weiterverfolgen. Aktuell liegt das ein wenig brach, weil es noch viele andere Sachen hat.

## 10. Interpellation Nr. 2021-723 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Status «zusätzliches Schulhaus Allmend» - CH-Holzmodulbau?

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 12. Mai 2021 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Ivan Studer (CVP)

Ich verlange Diskussion.

Urs Rölli (FDP)

Vorerst danke ich dem Gemeinderat für die schnelle Antwort. Ich habe zwei, drei Punkte, die ich gerne vertiefen möchte. Einerseits bei Punkt 2 ist klar, die Sicherheit soll selbstverständlich gewährt werden. Die Palazzinen sind 8 Jahre bereits in Horw und vorher in Chur. Die kommen natürlich in die Jahre und sind ursprünglich sicher nicht für die lange Dauer geplant gewesen.

Eine Frage zu Punkt 3. Sommer 2021, Ausschreibung Studienauftrag: Was ist der Sinn und Zweck des Studienauftrags? Ist das ein Bestandteil des Budgetkredites von 250'000 Franken? Der Bezug, die Inbetriebnahme ist da mal aufgeführt im 2025. Ist das grundsätzlich aus Sicht Gemeinderat ok, bzw. würde nicht schon früher der Bedarf bestehen oder hat man eigentlich die Möglichkeiten gar nicht oder wäre allenfalls eine Beschleunigung und Inbetriebnahme im 2024 vielleicht realistisch?

Dann noch zur Frage 5. Da schreiben Sie im letzten Satz: «Abklärungen dazu wurden bereits vorgenommen.» Da würde es mich natürlich interessieren: was wurde vorgenommen und ob der Gemeinderat dazu noch ein paar Erläuterungen machen kann?

Ich kann kurz zu den Fragen Stellung nehmen:

Astrid David Müller (SVP)

Zu Frage 3: Die grundlegende Intension war, ob das nicht schneller möglich wäre. Es ist so, wir müssen ja einen B+A an den Einwohnerrat machen. Da gehe ich natürlich davon aus, er wird ganz glatt durchkommen, es wird alles genehmigt werden vom Einwohnerrat. Dann haben wir natürlich das Problem, dass wir vom Bauvolumen her gemäss WTO nicht einfach jemanden in dem Sinn aussuchen können, sondern man muss wahrscheinlich sogar ein Wettbewerb machen, evtl. nicht zweistufig. Da sind wir am Schauen. Aber die Idee wäre, man könnte mit einem Studienauftrag z.B. Planungsleistung ausschreiben und nachher einen Wettbewerb machen für die einzelnen Arbeiten. Man muss einfach sehen, wenn wir das Ergebnis haben, dann muss der Kredit noch im Einwohnerrat durchkommen, es gibt eine Volksabstimmung. Von dem her sind die Gegebenheiten der demokratischen Prozesse vorgegeben und wir haben das sicher sehr vorsichtig angeschaut. Wir möchten da nicht 2023 schreiben und dann ist es nicht gegeben. Man kann aber wahrscheinlich davon ausgehen, wenn alles glatt läuft, dass die Inbetriebnahme nach den Sommerferien 2025 möglich sein sollte. Vorher, 2023 erachten wir einfach aufgrund der Abläufe als unrealistisch.

Wegen den Abklärungen zu Ziffer 5: Da haben wir uns natürlich bereits - weil es ja die Idee ist ein Holzbau machen zu wollen, und zwar ein Holzbau mit einheimischem Holz und nicht mit pseudo-einheimischen Holz - mit der Korporation in Verbindung gesetzt. Die haben auch ganz klar gesagt, sie brauchen eine längere Vorlaufzeit. Wir können nicht einfach in dem Sinn sagen, wir möchten gerne in einem halben Jahr einen Bau realisieren, sondern man muss das vorher ankündigen. Wir können auch nicht eine Ankündigung machen über den Kopf des Einwohnerrates oder des Volkes hinweg, das ist alles immer heikel. Aber ich meine in dem Sinn haben wir uns erkundigt, wie lange die Vorlaufzeiten wären.

Ist noch eine Frage offen? Ich habe eventuell nicht alles beantwortet.

Grundsätzlich ok. Einfach Stichwort «Wettbewerb». Da haben wir in Horw ja schlechte Erfahrungen gemacht. Ich weiss jetzt nicht, ob das von Ihnen ein falscher Ausdruck war. Beim Schulhaus Zentrum war auch ein Wettbewerb mit der Fassade und da hat man dann eigentlich keine andere Wahl mehr gehabt. Also ich weiss jetzt nicht, ob das ein falscher Ausdruck war oder ob ich es falsch verstanden habe.

Urs Rölli (FDP)

Das ist uns bewusst. Wir möchten das sicher vermeiden, dass wir in eine solche Situation geraten. Umgekehrt sind halt die gesetzlichen Vorgaben gegeben und wenn wir da ein falsches Verfahren wählen, haben wir am Schluss einen grösseren Zeitverlust. Weil dann gibt es Einsprachen und dann gibt es Blockierungen. Da gibt es sicher Möglichkeiten, dass man zum Beispiel sagt, es besteht keine Gewähr oder ein Anspruch auf Ausführung. Dass man also auch jemanden berücksichtigen könnte, der nicht erster geworden ist. Es käme darauf an, wenn man jetzt einen Wettbewerb macht, wer ist in der Jury? Da kann man auch relativ gut steuern. Wird ein Bau präferiert, der vielleicht dem Auftragnehmer entgegenkommt, oder ist es rein architektonische Sensation oder Spielerei? Aber es ist klar, wir müssen einfach die gesetzlichen Vorgaben einhalten, sonst sind wir am Schluss blockiert und haben mehr Schaden als Nutzen.

Astrid David Müller (SVP)

### **11. Interpellation Nr. 2021-724 von Yvonne Lindegger, FDP, und Mitunterzeichnenden: Schnupperlehren in Zeiten von Corona**

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 12. Mai 2021 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Ivan Studer (CVP)

Ich verlange Diskussion.

Yvonne Lindegger (FDP)

Zuerst besten Dank für die Beantwortung der Fragen. Zu Punkt 2 habe ich erfreut zur Kenntnis genommen, dass der Gemeinderat bereit ist mit dem Gewerbeverein Horw die Erstellung einer Liste zu überprüfen. Ich bin mir nicht ganz sicher, was mit «überprüfen» gemeint ist. Heisst das, dass nun eine solche Liste auch tatsächlich erstellt wird?

Zum Punkt 3 möchte ich sagen, das Projekt «LIFT» ist sicher eine sehr gute Massnahme für Schüler mit erschwerender Ausgangslage. Ich frage mich aber, ob die Zusammenarbeit mit dem Gewerbeverein und den Schulen Horw nur auf das Projekt «LIFT» bezogen ist oder ob eine grundsätzliche Zusammenarbeit existiert, die unabhängig vom «LIFT-Projekt» vorhanden ist.

Zu Punkt 4: Die Antwort ist sehr informativ und interessant und ich habe erfreut festgestellt, dass die Gemeinde Horw auch mit dem Gewerbeverband des Kantons Luzern zusammenarbeitet und bei der neuen digitalen Lehrstellenplattform mitmacht. Es fehlt mir dort jedoch der Bezug zum Horwer Gewerbe. In Horw sind einige Firmen ansässig, ein Potential für Schnupperlehrstellen sollte somit vorhanden sein. Ein Lehrstellenparcours in physischer Form wäre meiner Meinung nach eine gute Ergänzung zu der digitalen Plattform.

Ich möchte Ihnen die aktuellen Zahlen des Jahres 2021 bekannt geben. Wir haben feste Zusagen für Lehrstellen oder weitergehende Schulen auf der 3. Sekstufe im Niveau A von 100%. Nachfolgelösungen im Niveau B von 90%, auf dem Niveau C von 96%. Wir

Ruedi Burkard (FDP)

hatte noch nie solche Zahlen bei den Schulabgängern wie in diesem Jahr, also gehe ich davon aus, dass die Schulen Horw nicht alles falsch gemacht haben.

Die Zusammenarbeiten, die Sie angesprochen haben, Frau Lindegger, die finden statt. Die finden mit dem kantonalen Gewerbeverband statt, sie finden mit dem Gewerbeverein Horw statt. Man ist dauernd in einem Austausch und ich denke, wenn man dies nicht akribisch machen würde, kämen diese Zahlen auch nicht zustande. Wir werden auch in Zukunft die Zusammenarbeit mit dem Gewerbe intensiv suchen. Für mich persönlich ist sehr erfreulich, dass wir vor allem im Niveau C eine Nachfolgelösung für 96% der Horwer Schülerinnen und Schüler erzielen konnten. Das zeugt von der Zusammenarbeit auch mit dem Horwer Gewerbe.

## **12. Interpellation Nr. 2021-725 von Urs Rölli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Neue Velounterführung Ringstrasse (Abschnitt Kreisel Bahnhof bis Kreisel Steinibach)**

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 12. Mai 2021 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Ivan Studer (CVP)

Ich wünsche Diskussion.

Urs Rölli (FDP)

Auch hier besten Dank für die Antworten. Aus dem B+A 1671 ist unter anderem nicht klar hervorgegangen, dass da der Kanton und der Bund einen grossen Teil übernehmen werden. Es hat zwar gestanden, dass mit gewissen Beteiligungen zu rechnen ist, aber es ist leider nicht konkret darauf hingewiesen worden.

Meine Frage zur Frage 3c, wegen den Mehrkosten bzw. den Kosten, die jetzt generell für die Vorinvestitionen getätigt worden sind: in welchem Rahmen sind die ungefähr? Und trägt diese jetzt die Gemeinde Horw oder beteiligt sich dort auch der Kanton bzw. der Bund? Im Rad- und Gehwegkonzept ist vorgesehen, dass das so per 2028/30 geplant ist. Ist ein Vorzug allenfalls denkbar - es steht etwas vom Topf B - oder ist der Zeithorizont gegeben und nicht verhandelbar für die Gemeinde Horw?

Bei 4c steht wegen dem Lift nur, er ist thematisiert aber nicht weiterverfolgt worden und dann wird in dem Abschnitt das Thema gewechselt. Mich würde interessieren, wieso es nicht weiterverfolgt wurde?

Bei 6 steht auf letzter Seite, zu gegebener Zeit werde ein Planungsbericht erstellt. Hat man hier schon genauere Termine, wann das soweit sein sollte?

Zu den Vorinvestitionen, die die Gemeinde Horw getroffen hat: es geht um Grössenordnung 300'000 Franken - wenn ich es richtig im Kopf habe - für die Spundwände, die man in einer anderen Art und Weise ausgestalten musste und die man im Boden lässt. Das ist eine Vorinvestition, die die Gemeinde Horw getätigt hat und die bleibt auch vorerst bei der Gemeinde Horw. Das wird dann sicher ein Thema bei der Realisierung und bei der Abrechnung, wenn es darum geht zu schauen, wer es finanziert. Wir waren im Gemeinderat der Meinung, es lohnt sich bei einem 10 Millionen Projekt, eine solche Vorleistung zu treffen, zumal die Personenunterführung ohne die Vorleistung so gut wie nicht mehr gebaut werden könnte.

Thomas Zemp (CVP)

Der Zeithorizont ist schon eher sportlich, so wie er im Moment aufgegleist ist. Man kann alles beschleunigen. Das ist wahrscheinlich eine Kostenfrage und auch einer Frage, wer

zahlt's. Die Massnahme ist vom Kanton beim Bund eingegeben worden, sie ist unter der Federführung des Kantons. Es war wichtig, dass wir dies rechtzeitig initiiert haben. Aufgrund unserer Initiative ist es tatsächlich ins Agglomerationsprogramm gekommen und der Kanton arbeitet mit seinen Zyklen, mit seinen Bauprogrammen, die er jährlich berät, wo er die drei Töpfe A, B und C hat, wo er die Mittel einstellt. Das gleiche passiert auch mit der Umgestaltung Ringstrasse. Das ist eine zweite Massnahme, die wir veranlasst haben, dass es ins Agglomerationsprogramm kommt. Auch diese Massnahme steht unter der Leitung des Kantons und mehrheitlich auch unter der Finanzierung des Kantons, so wie es heute aussieht, weil es auch seine Strasse ist. Auch dort haben wir einen ähnlichen Zeithorizont, es geht auch darum, dass es in das kantonale Bauprogramm aufgenommen wird.

Dann die Frage mit dem Lift. Wir sind noch weit entfernt von einem Bauprogramm. Das kann man sicher zu gegebener Zeit wieder anschauen. Es wird eine Kosten-/Nutzen-Frage und auch eine Frage der Machbarkeit sein. Aber wir haben keine Entscheidung, ob es einen Aufgang oder einen Lift gibt oder nicht gibt.

Der letzte Punkt wegen dem Betriebs- und Gestaltungskonzept Ringstrasse. Es gibt noch keinen definitiven Zeitplan, aber ich denke, dass das ein Thema sein wird im Herbst dieses Jahres oder im nächsten Frühling. Es ist mindestens so, dass wir jetzt im Investitionsprogramm, das im nächsten Monat in Ihren Rat kommt, die beiden Massnahmen anzeigen und es ist davon auszugehen, dass wir dann auch irgendwann informieren wollen - im Zusammenhang vielleicht mit dem AFP oder kurz nachher - was wir uns darunter vorstellen bei einer Umgestaltung der Ringstrasse. Es ist allerdings wichtig zu wissen, weil es eben nicht unsere Strasse ist, es unsere Initiative ist. Wir haben das jetzt weitergegeben zum Kanton und müssen jetzt mit ihm weiterdiskutieren, wie er es genau umsetzen will und was er dazu meint. Von dem her sind wir vielleicht froh, wenn wir die politische Rückendeckung haben gegenüber dem Kanton.

### **13. Interpellation Nr. 2021-726 von Urs Röllli, FDP, und Mitunterzeichnenden: Umbau Bushaltestellen nach Behindertengleichstellungsgesetz (BehiG)**

Die Interpellation wurde vom Gemeinderat am 12. Mai 2021 schriftlich beantwortet. Ist der Interpellant mit der Beantwortung zufrieden?

Ivan Studer (CVP)

Ich hätte gerne Diskussion.

Urs Röllli (FDP)

Auch da besten Dank für die Antwort. Ich habe mich zwar auch gefragt, ob man es auf die lange Bank geschoben hat, dass man es erst auf den letzten Drücker 2023 umsetzt. Aber es geht auch anderen Unternehmen so, dass sie es dann umsetzen bzw. auch nicht einhalten können.

Zur Frage 1: da schreiben Sie «es ist weder sinnvoll noch möglich». Ich frage mich, wer hat das «sinnvoll» beurteilt? Es gibt ja unter anderem die Organisation Procap und die setzt sich dafür ein, dass möglichst alles lückenlos umgesetzt wird. Ich frage mich, ist das korrekt oder ist das einfach eine Einschätzung der Gemeinde Horw und man wartet dann mal ab, was passiert?

Jetzt haben wir gesehen, die Haltekante «Kirchweg», die ist jetzt umgesetzt worden. Ich weiss nicht, ob es sogar schneller umgesetzt werden konnte als geplant. Die Verkehrsschilder haben eigentlich per Ende Juni das Ende angekündigt. Ich finde, es sieht jetzt

nicht einmal so schlecht aus, aber es ist klar, die hohen Randsteine können für verschiedene Personen (Fussgänger oder Velofahrer) eine Herausforderung darstellen. Wie ist das: die Betonplatten, ist das generell ein Muss, oder wer entscheidet ob es eine gibt? Oder ist das einfach ein Wunsch der VBL? Wie sieht das aus?

Zu Frage 2: das dreistufige Verfahren wurde durch die Gemeinde Horw gewählt oder wie ist man darauf gekommen? Und dass man schlussendlich relativ wenig Halteketten umbauen muss und wie ist das jetzt beim «Buholz»? Ist das einfach, weil die Strasse ganz neu gebaut wurde, dass ausgerechnet die - ich weiss nicht ob die überhaupt am wenigsten Frequenzen hat in der Gemeinde Horw - auf dem Niveau gebaut worden ist?

Die Frage ist für mich bei 3: Man sieht jetzt das 2023. Wieso hat man so lange zugewartet? Was war da der Grund?

Wahrscheinlich ist die Gemeinde Horw, auch wenn man nach Ihrer Meinung lange zugewartet hat, immer noch eine Gemeinde, die kaum im Rückstand ist. Ich glaube, andere haben mehr Probleme das umzusetzen. Es ist halt auch immer eine Frage von den finanziellen und personellen Ressourcen. Ich erinnere Sie gerne daran, dass Sie in den letzten Jahren diverse Strassenprojekte abgeschossen oder verzögert haben. Wir haben das rechtzeitig zu planen begonnen, aber es braucht einfach Zeit in der Umsetzung und es braucht die Mittel. Es war sicher kein bewusster Entscheid, das möglichst lange hinauszuzögern. Sinnvoll und nötig - das ist immer so in der Politik - es ist immer alles eine Frage der Verhältnismässigkeit und es macht sicher keinen Sinn, prinzipiell alles umzubauen. Beispielsweise eine Bushaltestelle, die sehr selten genutzt wird oder eine Bushaltestelle, die ausserordentlich viel Aufwand gibt im Umbau. Darum ist das mehrstufige Verfahren, welches wir anwenden, wo wir aufgrund der verschiedenen Beurteilungen schauen, wo macht es am meisten Sinn - halt auch vor dem Hintergrund der begrenzten Ressourcen personeller und finanzieller Natur.

Thomas Zemp (CVP)

Ob es eine Betonplatte geben muss oder nicht, kann ich Ihnen nicht schlüssig beantworten. Ich glaube, es muss keine sein. Fakt ist, auf der Kastanienbaumstrasse haben wir keine. Ich gehe davon aus, das wird auch erwogen aufgrund der technischen Notwendigkeit, also insbesondere abhängig von der Art von Bussen, die fahren und der Häufigkeit, wie sie fahren. Dann kann man sich ausrechnen was günstiger ist, ob man eine Betonplatte macht oder ob man eine Asphaltierung macht, die man alle zwei Jahre wieder neu machen muss, weil man von den Spuren her Absenkungen hat. Ich denke, es ist mehr eine technische, ökonomische Überlegung, wann man eine Betonplatte macht und wann nicht.

Wie man auf das Verfahren kommt: das haben wir evaluiert. Wir haben geschaut, was die rundherum machen und ich meine, das ist ein Verfahren, das letztlich der Kanton Nidwalden angestossen hat, welches wir übernommen haben. Ich weiss nicht, ob es schon Urteile dazu gibt. Aber so oder anders, wir mussten uns ja für etwas entscheiden, ausser wir hätten gesagt, wir machen einfach alles und das erachten wir nicht als sinnvoll.

Auf der Kastanienbaumstrasse: Dort haben wir sie gemacht, weil es ein Neubau ist. Es gibt keinen Grund, warum man es nicht machen soll, wenn es eh schon neu gebaut wird. Dann sind die Mehrkosten ja nicht so massiv, wenn man eh alles anfassen muss.

Wir sind am Schluss der Sitzung angelangt. Für die Einwohnerrätinnen und Einwohner-  
räte ist es noch nicht ganz fertig. Im Anschluss gibt es einen Austausch mit der Kirchfeld  
AG, Herrn Philipp Keller, Verwaltungsratspräsident, und Herrn Marco Müller, Geschäfts-  
führer. Die Veranstaltung ist nicht öffentlich, d.h. ich bitte die Vertretung der Presse den  
Saal zu verlassen.

Ivan Studer (CVP)

Ich bedanke mich für die Sitzung. Leider hat sich mein Wunsch nach einem Umtrunk  
nicht erfüllt. Wir können nicht in einem Restaurant ein Bier trinken gehen zum Abschluss  
des regulären Amtsjahrs. Das nächste Mal steht ja ein spezielles Programm an. Darum  
gibt es halt einen Abschluss ohne Umtrunk, aber hoffentlich können wir das nächste Mal  
ein bisschen länger zusammensitzen. Ich danke euch für die Diskussion und wünsche  
allen einen schönen Abend.

Ivan Studer  
Einwohnerratspräsident

Claudia Stadelmann  
Protokollführerin

Versand: 16. Juni 2021